Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang — Freitag, den 15. August 1919 — Nr. 388 / A 212 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— Mk., bei Zustellung unter Streifband 3,— Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 20 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 9762.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ernste Lage in Oberschlesien.

Ursache und Wirkung.

Nach den neuesten Meldungen greift die Streikbewegung in Oberschlesien immer weiter um sich. Fast sämtliche Belegschaften der Gruben haben die Arbeit niedergelegt, andere Berufsgruppen sind ihnen gefolgt. Nicht nur die Kohlenförderung ist vollkommen eingestellt, auch die Versorgung Oberschlesiens mit elektrischer Kraft hat aufgehört. Die gesamte Industrie Oberschlesiens steht vor der Gefahr der Betriebseinstellung. Die ernstesten Rückwirkungen auf die übrige Provinz und das ganze Reich sind zu befürchten.

Vor zwei Tagen ließ die Pressestelle des Staatskommissars Hörsing die Nachricht verbreiten, daß eine Verständigung mit den streikenden Bergleuten in Aussicht stehe. Wie sich jetzt herausstellt, war diese Nachricht falsch. Wohl haben Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften stattgefunden, und diese haben sich mit den Vorschlägen des Staatskommissars einverstanden erklärt, jedoch zeigte sich, daß die Führer der Gewerkschaften den Einfluß auf die Massen der oberschlesischen Arbeiter verloren haben, daß es ihnen nicht gelungen ist, den Streik zu beenden. Ein bürgerliches Blatt, die „Ostdeutsche Morgenpost" in Beuthen, schreibt folgendes über den unmittelbaren Anlaß zu diesem Streik:

Der Streik ist entstanden auf der Lythandra-Grube und der Godulla-Hütte. Beide Werke sollen wegen Unrentabilität stillgelegt werden, was die Entlassung der Belegschaft nach vorausgegangener Kündigung zur Folge hatte. Die Verwaltung der Lythandra-Grube hatte die Kündigung bereits einmal zurückgenommen und unter der Bedingung, daß eine 7½stündige Schicht voll verfahren und eine Leistung erzielt werden solle, die nur um die inzwischen erfolgte Schichtverkürzung prozentual geringer sein darf als die Oktoberleistung vergangenen Jahres. Diese Bedingung wurde vom Arbeiterausschuß anerkannt, von den Belegschaften aber mißdeutet und in entstellter Form verbreitet. Daraufhin sind die beiden Gruben in den Streik getreten. Die übrigen Bergwerke haben sich angeschlossen und zwar zu einem Sympathiestreik mit der Begründung, daß dasselbe, was den Belegschaften dieser beiden Gruben passiert sei, auch ihnen geschehen könne. Die Streikenden glauben selbst nicht daran, daß die betreffenden Verwaltungen und die Regierung ihre politischen Forderungen erfüllen werden. Wenn die Regierung den Forderungen nachgibt, ist kein Ende abzusehen. Hinter dem Streik stehen wiederum kommunistische Hetzer. Sie geben sich der Hoffnung hin, den oberschlesischen Streik bis zum Eintritt des großen Eisenbahnerstreiks soweit zu treiben, daß sie dann mit der Kohlennot und mit dem Darniederliegen des Verkehrs die Räterepublik erzwingen können.

Die Schlußfolgerungen dieses Blattes zeigen, daß es ihm darum zu tun ist, die Regierung gegen ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter aufzupeitschen. Trotzdem beweisen die Darlegungen des Blattes über den Ursprung des Bergarbeiterstreiks, wie falsch die Meldungen der amtlichen Telegraphenbureaus waren, die dem Streik die wirtschaftlichen Ursachen absprachen. Daß der Streik jetzt einen so bedrohlichen Umfang angenommen hat, das ist eine Folge der Gewaltpolitik der Regierung und ihres Beauftragten, des Hörsing, der in Oberschlesien das Vorbild Noskes nachzuahmen unternommen hat. Als die Jahrzehntelang geknechteten oberschlesischen Bergarbeiter vor einigen Monaten endlich den Kampf um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage begannen, da wußte Herr Hörsing nichts besseres zu tun, als Regierungstruppen in den Bezirk zu schicken und durch sie die Arbeiter mit Gewalt in die Gruben zu treiben. Die Bewegung, spontan und unorganisiert entstanden, brach zusammen. Die Erregung unter den Bergarbeitern konnte dadurch wohl zeitweise unterdrückt, aber nicht vollkommen ausgerottet werden. An verschiedenen Stellen brachen seitdem immer wieder neue Streiks aus, die allerdings jedesmal bald beigelegt wurden. Jetzt erst hat die Bewegung wieder einen großen Umfang angenommen, und die Arbeiterschaft scheint entschlossen zu sein, sie ihrem Ziele zuzuführen.

Und dieses Ziel ist: die Beseitigung des von der Regierung und ihres Beauftragten Hörsing ausgeübten Gewaltregiments, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Entfernung der Noskestruppen aus dem Revier. Diese Forderungen sollen dazu dienen, um die Vorbedingungen für die Durchführung des wirtschaftlichen Kampfes zu schaffen. Die Regierung steht jetzt also vor der Wahl: entweder eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurem Ausmaß herbeizuführen oder die berechtigten Forderungen der oberschlesischen Arbeiter zu erfüllen. Es wird höchste Zeit, daß sie ihre Entscheidung trifft!

Weitere Ausdehnung der Streiks.

Eigene Drahtnachricht der „Freiheit".

Hindenburg, O.S., 14. August.

Heute nachmittag traten die Lichtzentrale Zaborze und die Oberschlesischen Straßenbahnen in den Streik. 90 Prozent der Grubenbelegschaften streiken. Ganz Oberschlesien ist ohne Licht und ohne Strom. Achtzehn Plünderer wurden in Königshütte festgenommen. Auf dem Markt macht sich teilweise ein Preissturz bemerkbar.

Die amtliche Meldung.

Kattowitz, 14. August (W. T. B.).

Der Streik im oberschlesischen Kohlenrevier greift weiter um sich. Es sind neu hinzugetreten Hohenzollern, Przemsa, Myslowitz, Ludwigsglück, Abwehr, Georg, Oheim, Hannß. Die Nichterschächte, die gestern arbeiteten, sind heute wieder in den Streik getreten. Der oberschlesische Kohlenarbeiterstreik umfaßt somit fast das gesamte Kohlenrevier mit Ausnahme des Hultschiner und Rybniker Reviers. Man kann die Quote der Streikenden auf 85 bis 90 Prozent bemessen.

Die Wirkung auf das Wirtschaftsleben.

Beuthen, 14. August.

Nachdem die Arbeiterschaft des oberschlesischen Elektrokraftwerkes Zaborze sich heute dem Ausstande der Berg- und Hüttenleute, die zu 95 Prozent ausständig sind, angeschlossen hat, beginnt die Lage sich zuzuspitzen und das Wirtschaftsleben zu lähmen. Im Bezirk Hindenburg und Gleiwitz ist wieder jeglicher Verkehr lahmgelegt, da elektrische Kraft und Licht völlig fehlen. Sie haben nur schlechte Ersatzbeleuchtung. Das Erscheinen der Zeitungen ist für morgen in Frage gestellt. Ueber die übrigen Bezirke Oberschlesiens wird morgen nach der Besprechung zwischen den Behörden und der Arbeiterschaft die Entscheidung fallen.

Neue Besprechungen.

Kattowitz, 14. August.

Ueber die Streiklage findet morgen mit dem Staatskommissar in Kattowitz eine Sitzung statt, an der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen teilnehmen werden. Das Zaborzer Lichtwerk hat sich dem Streik seit heute Mittag angeschlossen. Es sind noch weiter in den Streik eingetreten: Friedensgrube, Emanuelsegen, Fürstengrube, Heinrichglück; von den Hüttenwerken: Baldon-Hütte und Othemnan-Hütte bei Schoppinitz. Sollte der Lichtstreik eintreten, dürften noch weitere Hüttenwerke gezwungen sein, zu schließen.

Ausschreitungen in Kattowitz.

Breslau, 14. August.

In Kattowitz ereigneten sich vormittags mehrere schwere Ausschreitungen. Auf dem Wochenmarkt wurden die Verkaufsstände der Händler wegen der hohen Preise umgeworfen und geplündert. Die Händler selbst wurden mißhandelt. Die Polizei blieb machtlos gegen die zu Tausenden angesammelte Menge. Eine Rotte wilder Burschen, meist Streikende, sowie Feldgraue und Matrosen, durchzogen die Straßen. Sie schlugen teilweise die Schaufenster ein und raubten ein Zigarrengeschäft vollständig aus.

Die Frage der Gefangenenheimkehr.

Amsterdam, 14. August.

Englischen Blättern vom 12. d. M. zufolge erklärte Bonar Law auf die Frage Kenworthys, welche Schritte unternommen werden, um die deutschen Kriegsgefangenen in England jetzt, wo die deutsche Regierung den Friedensvertrag genehmigt hat, in ihre Heimat zurückzubefördern, daß die Gefangenen sobald wie möglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages heimbefördert werden. Dies sei jedoch eine Angelegenheit, die dem Friedensvertrag zufolge gemeinsam mit den Alliierten behandelt werden müsse.

Verstaatlichung anstatt Sozialisierung.

Wiederum plant die Reichsregierung eine Maßnahme, die, in offenem Widerspruch zu den Grundsätzen des sozialistischen Programms stehend, eine Verhöhnung der Forderung nach Sozialisierung ist. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes über die Ueberführung des Eisenbergbaues und der Eisenindustrie von Peine-Salzgitter in den Besitz des Reiches zugegangen. Durch diesen Gesetzentwurf soll die Reichsregierung ermächtigt werden, das Eigentum der Aktien der Ilseder Hütte A.-G. in Groß Ilsede den Aktionären gegen Entschädigung zu entziehen und es auf das Reich zu übertragen. Das Reich hat die Aktionäre nach dem Werte der Aktien zu entschädigen. Der Wert ist zwischen dem niedrigsten und dem höchsten amtlichen Kurse, zu welchem die Aktien in der Zeit vom 7. Mai 1919 bis zum 30. Juni 1919 an der Börse in Hannover notiert wurden, zu ermitteln. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, die im Bereich des Salzgitterschen Höhenzuges verliehenen Eisenerzbergbaurechte gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Was die finanzielle Rentabilität des Betriebes nach Uebernahme durch das Reich betrifft, so berechnet sich gemäß den Bestimmungen des Gesetzentwurfes der höchste Preis, zu dem die Ilseder Hütte erworben werden kann, auf etwa 67½ Mill. M. gleich 450 Prozent des Nennwertes der Aktien.

Die Regierung will also die Werke der Ilseder Hütte nicht sozialisieren, geschweige denn den ganzen Eisenerzbau, sondern sie will nur dieses einzelne Unternehmen verstaatlichen und die Aktionäre reichlich entschädigen. Schon bisher waren die Werke der Ilseder Hütte wahre Goldquellen für die Aktionäre; sie haben jahrelang riesige Dividenden bezogen und auch während des Krieges reichliche Einnahmen aus dem Aktienbesitz bezogen. Nach dem Vorschlage des Gesetzentwurfs wird die Entschädigung nach dem durchschnittlichen Aktienkurs der letzten Zeit erfolgen, für hundert Mark Nennwert werden die Aktionäre mehr als das Vierfache erhalten. Trotzdem laufen die Aktionäre gegen die Verstaatlichungsabsichten der Regierung Sturm; ihnen ist diese Entschädigung zu gering. Auch wollen sie, daß diese reiche Quelle mühelosen kapitalistischen Gewinns ihnen erhalten bleibt.

In dem Kampf um Erhaltung ihrer Profitmöglichkeiten suchen die Unternehmer der Oeffentlichkeit weißzumachen, daß auch die Arbeiter mit ihnen einverstanden seien, und mit Behagen berufen sich schwerindustrielle Organe, wie „Post" und „Tägliche Rundschau", auf das „Arbeiterblatt" „Vorwärts", das, ohne die Forderung nach Sozialisierung des Eisenerzbaues zu erheben, sich gegen die Verstaatlichung der Ilseder Hütte wendet, da doch andere Werke verstaatlicht werden könnten. Also die ertragreichen Unternehmungen, die den Unternehmern reiche Gewinne abwerfen, sollen weiter der kapitalistischen Ausbeutung überlassen bleiben.

Wie die Arbeiterschaft des Werkes wirklich denkt, zeigt die folgende Zuschrift, die uns aus Peine zugeht. In ihr heißt es nach einer Schilderung der Ursachen der Abneigung der Aktionäre gegen die Verstaatlichung:

Seit diesem Frühjahr sind nun auf den Werken Betriebsräte von der Arbeiterschaft eingesetzt und damit ist den Produzenten ein nicht zu unterschätzender Einfluß durch die Kontrolle in den Werksleitungen gegeben. Diesen Betriebsräten hatte man zunächst nun von der ganzen Sache nichts verraten, erst als der Ministerpräsident Bauer in seiner Rede in Weimar die Verstaatlichung der Gruben mitteilte, kam die Sache ans Licht. Als dann die Vertreter der Arbeiter, die Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse zu der Sache Stellung nahmen, wurde ihnen von den Verkehrsleitungen Dinge aufgetischt, wodurch die Verstaatlichung in Mißkredit kam. Um nun klaren Wein zu bekommen, wurden einige Personen beauftragt, direkt mit der Regierung und Mitgliedern der Nationalversammlung zu verhandeln. Die Arbeitervertreter verlangten vor allen Dingen, daß sie bei der Uebernahme des Werkes gehört werden. Das wurde ihnen von Regierungsvertretern wie auch von Hué, den sie in Weimar antrafen, versprochen. Wie groß die Verfahrenheit in den Ministerien ist, konnte die Abordnung zur Genüge erfahren. Ein Regierungsvertreter erklärte, die Verstaatlichung sei notwendig, aus

Rheinland und Westfalen mit Erz versorgen zu können. Auf den Einwand, daß dann Raubbau mit den vorhandenen Erzen getrieben würde und die Zukunft der Peiner Gegend dadurch sehr gefährdet würde, erklärte der Herr, daß ja durch die Verstaatlichung weniger gefördert würde. — Also einerseits soll die Versorgung der Rheinisch-Westfälischen Industrie erfolgen und andererseits weniger gefördert werden. Wer versteht das? Klassisch aber ist, was ein anderer Herr, der staatliche Beirat im Reichsministerium, ein Herr Dr. Temut, erklärte: die Verstaatlichung sei um deswillen nötig, damit wir für den nächsten Krieg Eisen haben!

Das sieht den Herrschaften ähnlich, die an maßgebender Stelle hausen. Es ist ein Verbrechen am Volk, in solch zynischer Art mit dem Kriege zu spielen. Und schlimmer konnte der Gedanke der Verstaatlichung bei der in Frage kommenden Arbeiterschaft nicht in Mißkredit gebracht werden als durch solche Dummejungens-Redensarten.

Die gesamten Vertrauensleute, Betriebsräte und Angestellten- und Arbeiterausschüsse waren nun am 7. August zu einer Konferenz in Peine zusammengetreten, um ein klares Bild über den Wert der Verstaatlichung des Unternehmens zu bekommen. Arbeitersekretär Genosse Karsten führte in einem Referate den Anwesenden die Grundzüge der Verstaatlichung und der Sozialisierung vor Augen. Mit Ausnahme einiger Beamten-Vertreter pflichteten die Anwesenden dem Referenten in seinen Schlußfolgerungen bei, daß eine Verstaatlichung in bisher gewohnter Weise von der Arbeiterschaft nicht gutgeheißen werden dürfe, weil dadurch der Sozialismus in Mißkredit gebracht würde. Wenn das Reich das Unternehmen an sich ziehe, so nur dann, wenn auch die Sozialisierung erfolge. Nicht das Reich dürfe die Verwaltung übernehmen, sondern die Arbeiterschaft, Konsumenten und Vertreter der Regierung, und letztere habe auch in der Zahl ihrer Vertretung die Vertreter der Wissenschaft zu berücksichtigen. Weiter müsse auch verlangt werden, daß die gewonnenen Erze nur unter Kontrolle weiterverarbeitet werden dürfen und daß auch die übrigen Schätze in den Besitz der Allgemeinheit überführt würde.

Die Regierung wird nun zeigen müssen, ob es ihr auch wirklich ernst ist mit dem Sozialismus. Treibt sie die bisherige Politik weiter, so wird die Arbeiterschaft das wenige noch vorhandene Vertrauen zur Regierung völlig verlieren. Nur von dieser Regierung ist es ja überhaupt zu verstehen, daß die Vorarbeiten für die Verstaatlichung getrieben sind, ohne daß die Vertretung der Arbeiterschaft in irgend einer Form gehört wurde. Wozu sind die Betriebsräte und die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse da? Konnte der Gewerkschaftler Bauer nicht die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen vorher zurate ziehen? Er hätte gewiß viel leichtere Arbeit gehabt und viel eher den Widerstand der Kapitalisten brechen können. Klar sollte er sich doch darüber sein, daß nur dann etwas Zweckmäßiges geschaffen werden kann, wenn die in Frage kommende Arbeiterschaft ihre Mitarbeit zugesichert hat. Oder hat Herr Bauer seine gewerkschaftlichen Grundsätze als Ministerpräsident vergessen?"

Diese Zuschrift zeigt, wie die Arbeiterschaft wirklich denkt und daß die Kapitalisten nicht das geringste Recht haben, sich bei ihrer ablehnenden Stellung zur Verstaatlichung der Ilseder-Hütte auf die Arbeiterschaft zu berufen. Die Arbeiterschaft will keine Verstaatlichung, weil sie die Sozialisierung des gesamten Bergbaues fordert. Sie wird auch nicht ruhen, bis diese Forderung erfüllt ist, und die Regierungsvorlage mit ihrem Schutz der kapitalistischen Interessen entschieden bekämpfen.

Eine dunkle Angelegenheit.

Die Reaktionäre arbeiten in Deutschland mit Hochdruck für die Wiedereinführung des monarchistischen Systems. Zu der offenen Propaganda in der Presse gesellt sich die Tätigkeit in den Geheimzirkeln, wo all die dunklen Pläne zur Sammlung und Durchführung der beabsichtigten Aktion geschmiedet werden. Diesem Zwecke dient wohl auch der folgende, am 12. August in der „Deutschen Zeitung“ erschienene Aufruf:

In wichtiger Angelegenheit!
sind uns mehrere tausend Anschriften unserer Leser und Freunde mitgeteilt worden, doch möchten wir sie restlos erhalten, damit wir unseren Verlagsfreunden alsdann unmittelbar nähertreten können. Keiner darf fehlen. Wir bitten daher um weitere Zusendung.

Verlag der „Deutschen Zeitung“
Berlin SW 11, Hedemannstraße 12.

Jedermann sieht aus diesen verschlungenen Zeilen, die mehr andeuten als aussprechen, daß irgendeine dunkle Machenschaft dahinter steckt. In der gleichen Nummer dieser Zeitung fordert im Inseratenteil ein Leutnant Henrich aus Emden alle kaisertreuen Männer und Frauen auf, einen Bund zu gründen, „der gewillt ist, die Reaktion mit allen Mitteln wiederherzustellen“. All diese Vorgänge, so lächerlich sie im einzelnen auch erscheinen mögen, müssen die Arbeiterschaft ermuntern, ein wachsames Auge zu bewahren. Denn es darf bei diesen Dingen nie außer acht gelassen werden, daß die reaktionären Herrschaften zur Durchführung ihrer Pläne die Mehrzahl der Reichswehroffiziere hinter sich haben und daß auch das Geld ihnen in Strömen zufließt.

Gute Zeiten für Mörder.

Während die revolutionären Arbeiter und Soldaten, die sich nach dem 9. November in irgendeiner Weise gegen die alten Gesetze vergangen hatten, sofort ins Gefängnis gesteckt und auf dem schnellsten Wege abgeurteilt wurden, genießen die Verbrecher aus den Reihen der Ordnungstruppen die vollste Freiheit. Von den Offizieren, die im Januar und März eine ganze Reihe von verbrecherischen Handlungen, ja sogar glatte Mordtaten verübt haben, ist noch nicht einer zur Rechenschaft gezogen worden, obwohl die Regierung seinerzeit heuchlerisch versicherte, die Vorgänge sollten gewissenhaft untersucht und die Schuldigen bestraft werden. Hinter dieser ganzen Angelegenheit, die für das Rechtswesen des neuen deutschen Staates so tief beschämend ist, liegt einfach System. Proletariermörder sind Helden der Regierung und dürfen weder verfolgt noch bestraft werden. Diese Behauptung mag durch folgenden Vorgang erhärtet werden:

Am Freitag, den 2. August, abends gegen 11 Uhr, geriet in Kottbus ein junger Mann mit einem Regierungssoldaten in Streit. Es handelte sich um eine harmlose Hänselei, wie sie unter jungen Leuten fast täglich vorkommen. Im Laufe des Streites zog nun der Regierungssoldat Paul Krüger mit Namen, sein Seitengewehr und stach seinen Gegner, Willi Bressert, nieder. Noch bevor ärztliche Hilfe zur Stelle war, hatte der junge Mann sein Leben ausgehaucht. Als am andern Tag der Schwager des Ermordeten in die Kaserne ging, um bei der Kompagnie des Mörders vorzusprechen, wurde er von den anwesenden Offizieren sehr unfreundlich empfangen. Ohne den wahren Sachverhalt zu prüfen, erklärten sie, der Mörder habe recht gehandelt und es werde dafür gesorgt werden, daß er nicht bestraft würde. Tatsächlich wurde der Mörder auch nicht in Haft genommen, er bekam vielmehr durch den Garnisonkommandanten, einem Major, vor versammelter Mannschaft eine Belobigung und wurde nach Fürstenwalde an der Spree versetzt.

Unter der Kottbuser Bevölkerung herrschte wegen dieses unglaublichen Vorfalles eine sehr starke Erregung. Es steht einwandfrei fest, daß der Mörder nicht in Notwehr gehandelt hat. Dadurch aber, daß er nach seiner brutalen Tat nicht sofort verhaftet, sondern obendrein noch belobt worden ist, werden die Angehörigen der Reichswehr geradezu ermuntert, bei jeder Gelegenheit von der Waffe Gebrauch zu machen und denjenigen, der mit ihnen in einen Wortwechsel kommt, einfach niederzustechen. Jedenfalls zeigt der von uns geschilderte Vorfall wieder, daß bei der Reichswehr alles drunter und drüber geht und daß sich jeder Kommandeur anmaßt, sein eigener Gesetzgeber zu sein. Das Ansehen der Reichswehr muß unter solchen Umständen natürlich von Tag zu Tag tiefer sinken. Kein Mensch glaubt am Ende mehr, daß diese Truppe berufen ist, Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Reaktionäres Kabinett in Budapest.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, ist in Budapest gestern das Kabinett neu gebildet werden. Es ist äußerst konservativ. Die Sozialdemokraten haben die Teilnahme gänzlich abgelehnt. Ministerpräsident bleibt Friedrich, Auswärtiges versieht Martin Lovasz, Inneres Baron Perenyi, Staatssekretär unter Tisza. Kultus Karl Huszar (christlich-sozial), Ackerbau Julius Rubinek (Großagrarier), Handel Franz Heinrich, Finanzen Lorand Hegedus, Volkswohlfahrt Stefan Haller (christlich-sozial). Die Nationalversammlung wird in sechs Wochen einberufen.

Das Wüten der Rumänen in Budapest.

Haag, 14. August.

Aus London wird gemeldet: „Daily Herald“ erfährt von Noel Buxton, der den Einzug der Rumänen in Budapest und den Sturz der sozialistischen Regierung mitmachte, daß die ganzen Vorbereitungen von den Rumänen getroffen waren. Sofort nach dem Eintreffen der rumänischen Truppen begann eine Jagd auf die Bolschewisten und wenigstens 300 Führer der Bela Kun-Partei sind während der Tage dieser weißen Schreckensherrschaft ermordet worden.

Rumäniens Antwort auf die Ententenote.

Bukarest, 14. August.

Das rumänische Pressebureau meldet: Die Antwort Rumäniens auf die Ententenote ist gestern auf radiographischem Wege übermittelt worden. Wie ein Regierungsmitglied mitteilt, ist die Antwort in entgegenkommendem und freundschaftlichem Sinne verfaßt. Es wird darin der Wunsch ausgedrückt, daß die Lösung der ungarischen Frage von den Alliierten in gegenseitigem Einvernehmen erfolgt. Zugleich wird erklärt, die Räumung des ungarischen Gebietes könne erst dann erfolgen, wenn eine endgültige vom Volke frei gewählte Regierung gebildet ist, die die Gewähr für die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen bieten kann.

Gefangennahme der luxemburgischen Abgeordneten.

Luxemburg, 14. August.

Etwa 20 000 Arbeiter haben gestern vor der Abgeordnetenkammer eine Kundgebung veranstaltet und dabei eine Teuerungszulage von 250 Franken bewilligt. Die Arbeiter verlangten 450 Franken. Da die Abgeordneten sich weigerten, ihren Beschluß zu ändern, drangen die Kundgeber in die Kammer ein, wobei sie Schüsse abgaben. Sie haben die Abgeordneten gefangen gesetzt. Alle Befreiungsversuche sind bis jetzt trotz der aufgebotenen Truppen fehlgeschlagen.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Essen, 14. August.

Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung hauptsächlich mit den gesundheitlichen Verhältnissen der Bergarbeiter, wozu als besondere Sachverständige vier Mediziner des Ruhrgebiets geladen waren. Angeblich wurde festgestellt, daß sich der Gesundheitszustand im Ruhrbergbau erheblich gebessert hat und daß auch die Lebensverhältnisse günstiger geworden sind. Die zahlenmäßigen Angaben ergeben, daß im Laufe der Jahre die Krankenziffer eine stark sinkende Richtung aufweist. Jedoch lassen die Zahlen nur gewisse Schlüsse zu. Allgemein wurde aber zugegeben, daß die bisherige Schichtverkürzung vorteilhaft auf den Gesundheitszustand der Bergarbeiter eingewirkt hat. Uebereinstimmung herrschte über den Vorschlag Hehmann-Bierkowsky, daß über mehrere Monate dauernde exakte experimentelle, medizinische und psychologische Forschungen zur Klärung der Frage der durch die verschiedenen Schichten hervorgerufenen Ermüdung angestellt werden müssen.

Hanauer Kommunistenprozeß.

Am 5. August begann in Marburg ein Kommunistenprozeß, der vier Tage dauerte. Dr. Wagner, Schnellbacher, Hammer und Schwind waren schwerer Verbrechen angeklagt, die sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Arbeiterrats während der Revolution begangen haben sollten: Anmaßung eines öffentlichen Amtes (Dr. Wagner wurde als Landrat und Polizeidirektor eingesetzt, bei Schnellbacher Verhaftung eines Bürgermeisters und Beschlagnahme von bürgerlichen Zeitungen, Bildung eines bewaffneten Haufens) usw. Die Anklage ist jämmerlich zusammengebrochen. Dr. Wagner und Schnellbacher wurden freigesprochen. Hammer und Schwind wegen nebensächlichere Dinge zu 150 Mk. und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Großfeuer in Zossen.

Großfeuer brach Donnerstag abend nach 8 Uhr im Zossener Barackenlager aus und nahm infolge heftigen Windes, Wassermangels und unzureichender Löschhilfe bald solche Ausdehnung an, daß die Wehren aus Zossen, Mellen, Dabendorf, Schönow, Glienick und anderen Orten machtlos waren. Die angerufene Berliner Feuerwehr konnte nur einen Zug entsenden, weil die elektrischen Fahrzeuge nur 35 Kilometer zurücklegen können. Der Berliner Löschzug kam gegen 9½ Uhr an der Brandstelle an. Mit seiner Hilfe und den inzwischen noch aus anderen Orten eingetroffenen Wehren gelang es, den gewaltigen Brand zu begrenzen.

Der außerordentliche nationale Kongreß der französischen sozialdemokratischen Partei, der in Lyon stattfindet, wird vom 14. bis 16. September tagen.

Wiederaufnahme des Warenverkehrs mit Italien. Nach italienischen Blättern werden Warentransporte zwischen Italien und Deutschland wieder zugelassen.

Der vereitelte Betrug.

Es wird Zeit, daß die Regierung und die Nationalversammlung ihren ständigen Sitz nach Berlin verlegen, damit der „Vorwärts“ endlich der Gefahr entzogen wird, sich zweimal bloßstellen und selbst ohrfeigen zu müssen. Die Unfähigkeit und Dummheit dieses Blattes übersteigt denn doch alle von der Regierung erlaubten Grenzen. In seiner gestrigen Abendausgabe behauptet das Blatt, wir hätten der Regierung zu Unrecht unterschoben, daß sie einen Betrug am Volke dadurch habe ausüben wollen, daß sie die Absicht verkündete, die Nationalversammlung als Reichstag weitertagen zu lassen. Der Reichspräsident habe gehandelt, wie er handeln mußte, getreu den Bestimmungen der neuen Reichsverfassung.

Zu derselben Zeit, da in der Redaktion des „Vorwärts“ diese Weisheit niedergeschrieben wurde, tagte in Weimar der Seniorenkonvent der Nationalversammlung. Die Erklärung der Regierung erfuhr dort lebhaften Widerspruch. Die Juristen des Seniorenkonvents waren der Ansicht, daß die Nationalversammlung ihre bisherige Titulatur beibehalten müsse, weil das unzweideutig aus den Artikel 178 bis 180 der Verfassung hervorgehe. Die Mehrheit des Seniorenkonvents schloß sich dieser Ansicht an und es wurde beschlossen, daß entgegen der Erklärung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten die Nationalversammlung an ihrer alten Bezeichnung festhalten solle. Der Reichskanzler Bauer mußte notgedrungen in Aussicht stellen, daß die Regierung sich mit dem Beschlusse des Seniorenkonvents einverstanden erklären werde.

Die Sache hat also vorläufig mit einer argen Blamage der Regierung und ihres Organs, des „Vorwärts“, geendet. Damit ist aber das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen. In der liberalen Presse, die sich nach dem mißglückten Versuch des Totschweigens am Donnerstagabend notgedrungen mit unserer Aufdeckung des Betrugsversuches der Regierung befassen mußte, wird der Versuch unternommen, der Erklärung der Regierung eine harmlose Bedeutung beizulegen. Die „Berliner Börsenzeitung“ meint, die Namensänderung sei ein Vorgang nur formaler Natur; die „Vossische Zeitung“ läßt sich aus Weimar melden, daß die Mitteilung des Wolffschen Bureaus unrichtig abgefaßt gewesen sei, und daß die Nationalversammlung bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages Nationalversammlung bleiben solle; das „Berliner Tageblatt“ schließlich behauptet, daß der Reichspräsident nicht die Absicht habe, die Nationalversammlung noch drei Jahre weiterbestehen zu lassen, denn ihm sei bekannt, daß die Neuwahlen für Januar oder spätestens Februar nächsten Jahres in Aussicht genommen seien. Uebereinstimmend sagen diese Blätter, daß die Nationalversammlung noch wichtige Arbeiten zu erledigen habe und schon aus diesem Grunde jetzt nicht aufgelöst werden könnte.

Dazu ist folgendes festzustellen: In der durch das Wolffsche Bureau verbreiteten Erklärung der Regierung wird ausdrücklich gesagt, daß die „wichtigste Aufgabe“ der Nationalversammlung „nunmehr erledigt ist“. Für jeden, der deutsch lesen kann und den Betrugsversuch der Regierung nicht unterstützen will, geht daraus deutlich hervor, daß auch die Regierung der Auffassung ist, daß die Arbeiten der Nationalversammlung beendet sind und an ihre Stelle verfassungsgemäß der neue Reichstag zu treten hat. Vom Standpunkt der formalen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus mußte daher die Forderung erhoben werden, daß die Neuwahlen für den Reichstag so schnell wie möglich auszuschreiben sind. Statt dessen hat die Regierung ihren konterrevolutionären, antidemokratischen Charakter enthüllt, indem sie den Versuch unternahm, unter Fälschung der Bestimmungen der Verfassung die Nationalversammlung in den Reichstag umzuwandeln und dauernd weitertagen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit hat sich wieder gezeigt, daß für die Rechtssozialisten und die bürgerlichen Parteien die formale Demokratie nur ein Mittel zu dem Zwecke ist, die Interessen des kapitalistischen Bürgertums wahrzunehmen. Wo es ihnen besser in ihr Geschäft paßt, lassen sie die Firma fallen und setzen an die Stelle der Demokratie die offene Gewalt und den hinterlistigen Betrug.

Schließlich noch ein Wort an den „Vorwärts“. Das Blatt meint, daß uns die Wahlen im Winter viel zu früh gekommen seien, jetzt aber könnten sie uns nicht schnell genug beschert werden. Wenn das Blatt nur ein wenig sozialistisches Empfinden hätte — von revolutionärem Empfinden kann man bei ihm überhaupt nicht sprechen —, so würde es diese Bemerkung nicht gemacht haben. Wir wollen aber seinem Denkvermögen ein wenig nachhelfen. Im Winter sollte die schnelle Einberufung der Nationalversammlung das Mittel sein, um die revolutionären Errungenschaften der Arbeiter zu vernichten und die Konterrevolution zu stabilisieren. Darum mußte das Proletariat zu verhindern suchen, daß die Nationalversammlung zusammentrat, bevor die revolutionären Errungenschaften gesichert waren. Die Rechtssozialisten sind damals der revolutionären Arbeiterschaft in die Arme gefallen und haben der kapitalistischen Restauration die Wege geebnet. Diesmal handelt es sich darum, die Nationalversammlung, deren unheilvolles Wirken inzwischen in den weitesten Kreisen des Volkes erkannt worden ist, zu beseitigen, und nicht einmal durch revolutionäre Mittel, sondern einfach durch die Beachtung der Bestimmungen der Verfassung. Aber auch jetzt wieder sind die Rechtssozialisten genau so konterrevolutionär wie die bürgerlichen Parteien, da sie aus nacktestem Parteiinteresse verhindern wollen, daß die revolutionäre Stimmung der Masse nach außen Ausdruck verschafft.

Neue Entlarvung der Nationalisten.

Deutsche Nationalversammlung.

79. Sitzung vom Donnerstag, 2 Uhr.

Die erste Beratung der großen Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Burlage (Z.): Die Umsatzsteuervorlage ist ein kühner, ja vielleicht ein verfehlter Entwurf. (Hört, hört! rechts.) Namentlich von sozialen Gesichtspunkten muß man ganz erhebliche Einwendungen machen. Meine Fraktion hat mich beauftragt, zu erklären, daß für kinderreiche Familien bei den indirekten Steuern in irgend einer Form ein Ausgleich gefunden werden muß. Der Steuerdruck muß gleichmäßig mit aller Strenge hier angewendet werden. Steuern zu zahlen ist von jetzt ab Ehrensache des Deutschen, ein Zeichen vornehmer Gesinnung.

Abg. Dr. Mumm (D.Nat.): Nachdem das deutsche Volk nach dem Wort eines englischen Generals sein Heer von hinten erdolcht hat und nachdem es durch die fortdauernde Illusionspolitik wehrlos gemacht worden ist, müssen wir die schweren Folgen davon tragen.

Finanzminister Erzberger: Die Herren auf der Rechten sind von einer furchtbaren Empfindlichkeit. Für sich verlangen Sie Schimpf- und Lügenfreiheit. (Große Unruhe rechts, und Sturm der Entrüstung.) Wenn ein Minister antwortet, sind sie wie schalenlose Eier. (Erneute große Unruhe auf der Rechten.) Ich weiß es längst, daß die Herren von der Deutschnationalen Volkspartei gute Lungen haben. (Vize-Präsident Haußmann erklärt den Ausdruck Lügenfreiheit für unzulässig.) Ich habe die Deutschnationalen nicht von der Mitarbeit ausgenommen, sondern ihre Stellung nur als unklar bezeichnet. Seit heute vormittag ist mir ihre Stellung klar. Die Partei stimmt gegen grundlegende Gesetze, welche zum deutschen Wiederaufbau nötig sind. (Große andauernde Unruhe auf der Rechten.) Das Tempo, in dem wir arbeiten müssen, gefällt auch mir nicht, aber es wird von der äußersten Not des Reiches vorgeschrieben. Mit dem Schneckentempo möchte man auch den Ruin des Deutschen Reiches in den Kauf nehmen. Eine Zwangsanleihe wäre eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Daß die Wünsche einer Mitarbeitspartei maßgebend sein sollen für die Gestaltung des Kabinetts, ist geradezu eine politische Naivität. (Heiterkeit.) Die Herren auf der Rechten wollen mich unter allen Umständen beseitigen und

haben sogar dafür Geld gesammelt.

(Heiterkeit, große Unruhe rechts und erneute Unruhe.) Wenn Sie sich darüber beschweren, daß ich Sie anschaue, kann ich Ihnen auch den Rücken wenden. (Der Minister tut das unter stürmischer Heiterkeit des ganzen Hauses.) Wenn Sie glauben, daß gegenüber einer solchen Kampfansage die Regierung wie stumme Hunde dastehen wird, dann täuschen Sie sich. Die Partei habe ich nicht beschimpft. Der Haß der Deutschnationalen gegen mich ist sehr groß. (Rufe rechts: Sehr richtig! — Große Heiterkeit.) Das Maß meiner Verachtung, das ich diesem Treiben entgegenbringe, ist noch größer. (Vizepräsident Haußmann: Es ist nicht zulässig, Verachtung gegen Mitglieder des Hauses auszusprechen.) Ich habe ausdrücklich gesagt, ich hasse keine Partei und keine Person, aber ich verachte dieses Treiben. (Vizepräsident Haußmann: Also das Treiben des Hauses ist nicht gemeint?) Nein! (Heiterkeit.) Ob gerade Herr Mumm die nötigen politischen Reize besitzt, um das Zentrum zur Sünde zu verführen (große Heiterkeit) weiß ich nicht, jedenfalls bleibt der Finanzminister Erzberger im Amte, solange er das Vertrauen der Mehrheit hat, und dafür ist in erster Linie entscheidend das Vertrauen seiner eigenen politischen Freunde. Wir kennen ja die Absichten der Rechten. Es ist den Herren nicht wohl in ihrer Isolierung und deshalb möchten sie eine bürgerliche Partei zu sich hinüberziehen. Das Zentrum wird auf diesen Leim nicht kriechen. (Beifall.) Das ganze gehört nun mal zum politischen Handwerkszeug der Herren. Wir wissen ja aus der Geschichte des alten Preußens,

daß sie jedem Staatsmann, der nicht konservative Politik gemacht hat, das Leben nahezu unerträglich machten.

Ich erinnere daran, wie von der Gerlach-Gruppe der „Kreuzzeitung" der größte Staatsmann des Jahrhunderts, Bismarck, behandelt worden ist. Bei Ihnen (nach rechts) ändern sich nur die Namen, die politischen Unsitten ändern sich nicht. (Beifall bei den Mehrheitsparteien, große Unruhe rechts.) Ich wiederhole eine Erklärung: In dem Augenblick, wo die Entente versuchen sollte, den Ertrag des Reichsnotopfers zu beschlagnahmen, werde ich bei der Nationalversammlung die Ermächtigung nachsuchen, daß das Reichsnotopfer nicht erhoben wird. Jetzt haben Sie (nach rechts) keine Ausrede mehr, jetzt können Sie also an dieser Abgabe mitarbeiten. Woher die Gelder kommen, mit denen die Straßen in Berlin verschandelt werden, weiß ich nicht. (Zurufe rechts.) Reichsgelder sind es jedenfalls nicht. (Erneute stürmische Zurufe rechts.) Ich verstehe Ihre unartikulierten Laute nicht. (Heiterkeit.) Am meisten verschandelt die

Liga zur Bekämpfung des Bolschewismus

die Berliner Straßen mit Plakaten. Diese bezieht ihre Gelder aber von Kreisen, die Ihnen (nach rechts) nahestehen. (Zuruf rechts: Sind Sie Bolschewist?) Nein, aber ich bin nicht so naiv, anzunehmen, daß durch diese Plakate irgend jemand, der dem Bolschewismus verfallen ist, davon geheilt wird. Mir tut nur das Geld leid, das auf diese Weise verpulvert wird. (Lebhafter Beifall.) Dadurch, daß das Gebäude der Nationalversammlung der sozialdemokratischen Fraktion zur Verfügung gestellt wurde, ist kein Pfennig Mehrkosten entstanden. Selbst wenn es der Fall wäre, so ist doch durch das Reichstagsgebäude in Berlin den Fraktionen zur Veranstaltung aller Art zur Verfügung gestellt worden. Keiner von den neuen Ministern hat bei seinem Rücktritt irgend eine Pension oder sonst eine Versorgung erhalten. (Hört, hört!) Die Minister haben vom Tage ihres Rücktritts den Teil ihres Gehaltes, den sie pränumerando erhalten hatten, zurückzahlen müssen. Nach dem Umsturz hatte Scheidemann, der bisher als Staatssekretär ein Gehalt von 25 000 Mark bezogen hatte und vom 9. November als Volksbeauftragter nur auf eine erheblich geringere Entschädigung Anspruch hatte, mehr als die Hälfte seines Gehaltes an die Staatskasse zurückzuzahlen. Nur die Beamtenminister, die auf Grund des Beamtenbesoldungsgesetzes Anspruch darauf haben, erhalten eine Pension. Daß die Verbreitung meiner Rede vom 23. Juli Herrn Mumm Leibschmerzen macht, verstehe ich. (Heiterkeit.) Auf Grund des Beschlusses der Nationalversammlung werden wir dafür sorgen, daß diese Schrift bis in das letzte deutsche Haus hineinkommt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, große Unruhe und lärmende Zurufe rechts — Abg. Traub ruft: Rede der Unwahrheit!) Herr Traub, Sie sind mir der richtige Prediger der Wahrheit. (Große Unruhe rechts. — Pfui-Rufe und Rufe: Schämen Sie sich! Lauter demonstrativer Beifall links.) Es mag Ihnen, Herr Traub, unangenehm sein, aber ich will nochmals feststellen: Wenn Sie in der Presse behaupten, der Reichsfinanzminister wolle durch die Reichsverfassung Süddeutschland vom Reiche abspalten und ein neues Reich von Aachen aus bis München und Wien errichten, so fehlt mir der parlamentarische Ausdruck für solche Behauptung eines Mitgliedes dieses Hauses. Wenn Herr Mumm weiter behauptet, es seien

Reichsgelder zur Verbreitung sozialdemokratischer Literatur

ausgegeben worden, so kenne ich die Schriften nicht, die er meint. Die Unterstellungen, daß Reichsgelder in unregelmäßiger Weise ausgegeben würden, sind vollkommen unwahr. Die Reichsfinanzverwaltung arbeitet mit der größten Strenge. Sie können deshalb die notwendigen Steuern ruhig bewilligen. Das Geld wird ausgeworfen für Zwecke des Gemeinwohls, für Kriegsbeschädigte, Kriegsgefangene, Kriegshinterbliebene. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Dr. Mittelmann (D.Vp.): Uns gibt nicht die Finanzgesetzgebung des Ministers Anlaß zur Opposition, sondern die Tatsache, daß wir die von der jetzigen Regierung vertretenen Grundsätze für verderblich und gefährlich halten. Ich erkläre, daß weder die Parteileitung, noch die Fraktion der Deutschen Volkspartei von dem Rundschreiben, betreffend Geldsammlung zur Bekämpfung Erzbergers Kenntnis gehabt hat. Es handelt sich um das bedauerliche Vorgehen einer lokalen Parteistelle. Die Person des Finanzministers ist uns gleichgültig, aber wir wollen nicht verschweigen, daß wir ihn für ein direktes Unglück halten. (Große Unruhe links.)

Minister Erzberger: Ich nehme die Erklärung des Vorredners gern zur Kenntnis, daß die Deutsche Volkspartei sich nicht mit dem Rundschreiben identifiziert. Mein Vorredner nannte mich ein Unglück. Ein Unglück ist es, daß man mir in den Jahren 1916 und 1917 nicht gefolgt ist, sonst stände es besser um das deutsche Volk. Damals waren wir

machtlos gegenüber der Militärdiktatur,

aber Sie (nach rechts) machen uns immer verantwortlich für die Folgen einer Politik, die wir nicht verteidigt haben. Es muß einmal darauf hingewiesen werden, welche große Mühe sich namentlich der jetzige Reichspräsident gegeben hat, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern. (Hört, hört! bei den U. Soz.) An der Vermeidung von Blutvergießen hat der Reichspräsident das Hauptverdienst. Das Volk hat namenlos gelitten und am meisten die Arbeitermassen in den Industriezentren, die gerade nicht wie ein Tier vegetieren konnten. Ein derart unterernährtes Volk muß in 4½ Jahren krank werden und es muß wieder gesund gemacht werden. Wir dürfen nicht rückwärts schauen, sondern zur Rettung des Vaterlandes immer vorwärts. (Beifall.)

Abg. Henke (U.Soz.): Wenn Herr Erzberger weiter so umlernt, werden wir ihm in unserer Partei einen Platz reservieren. Seine Steuervorlagen aber belasten die breiten Volksmassen bis zur Unerträglichkeit. Die Umsatzsteuer ist geradezu ein Verbrechen gegen die ausgehungerten Volksmassen. Als Redner dann die

Finanzgebahrung der Arbeiter- und Soldatenräte

bespricht, wird er vom Präsident Fehrenbach zur Sache gerufen. Dies geschieht noch mehrfach unter Protest des Abg. Henke und seiner Fraktion. Bei den Unabhängigen entsteht große Unruhe und Lärm. Frau Zietz ruft wiederholt: Der Redner hat zur Sache gesprochen! Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß die Entscheidung darüber ihm zustehe und nicht der Frau Zietz. Abg. Henke führt weiter aus, daß, wenn jetzt in der Steuerpolitik wieder Fehler auf Fehler gemacht würden eine neue Revolution entstehen und die Arbeiterschaft die Regierung und ihre ganze Steuerpolitik wegfegen würde. (Lachen und Chorufe bei den Soz., Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Die Unabhängigen haben nichts gelernt und nichts vergessen. Ihr Festklammern an durch die Entwicklung überholte Vorstellungen würde zweifellos von Marx nicht gebilligt werden. Wir haben deutlich genug erklärt, daß wir den Verbrauchssteuern nur dann zustimmen wollen, wenn wir uns von der erforderlichen Anspannung der Steuerschraube für die direkten Steuern überzeugt haben.

Abg. Henke (U. Soz.): Der Abg. Braun sollte bei anderen manches als bekannt voraussetzen, dann würde er sich künftig seine Unverschämtheiten sparen. (Unruhe.)

Präsident Fehrenbach ruft den Redner zur Ordnung.

Damit schließt die Debatte.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Mumm (Dnat.): Der Minister Erzberger hat mich nicht verstanden oder das gerade Gegenteil von dem herausgehört, was ich gesagt habe. Ich habe den einleitenden Worten Henkes über Erzberger nichts hinzuzufügen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Henke (U. Soz.): Ich freue mich immer, in Gesellschaft des Abg. Mumm zu sein. (Große Heiterkeit.)

Die Vorlagen über das Reichsnotopfer, die Reichsabgabenordnung und die Umsatzsteuer werden je einem besonderen Ausschuß überwiesen. Die Vorlage über vorübergehende Verstärkung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse wird ohne weitere Debatte in allen Lesungen endgültig erledigt.

Es folgt die Beratung der

Gesetzentwürfe über die Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren.

Postminister Giesberts: Die drei Vorlagen sind rechte Kinder der Not der Zeit und sie sind auch recht unpopulär. Während die Post- und Telegraphenverwaltung 1913 noch 89 Millionen Mark Ueberschüsse lieferte, beträgt das Defizit für 1918 600 Millionen, für 1919 wird es auf 500 Millionen geschätzt. Es ist für uns außerordentlich bitter, weiten Volksschichten so hohe neue Opfer auflegen zu müssen, aber die Post darf keine Zuschußverwaltung werden. Ziehen wir den Preis für die Postkarte auf 10 Pfennigen, so bedeutete das einen Ausfall von 54 Millionen. Wir hoffen in einigen Jahren wieder in normale Verhältnisse zurückzukommen. Auch die Portofreiheit der Behörden wird beseitigt werden.

Abg. Zubeil (U. Soz.): In der Postverwaltung ist eine Lotterwirtschaft eingerissen, wie man sie früher nicht für möglich gehalten hätte. Die Erhöhung des Ortsportos auf 15 Pfennige ist für uns unannehmbar. Besonders schwere Bedenken haben wir auch gegen die Erhöhung der Gebühren der Zeitungen und für den Fernsprecher.

Postminister Giesberts: Die Verzögerung der Postbestellungen ist auch durch den Verkehrsstreik mit verursacht worden. Wir sind bemüht, den Postdienst nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten.

Abg. Zubeil (U. Soz.): Die Lotterwirtschaft hat schon vor dem Verkehrsstreik bestanden und hat auch nach ihm nicht aufgehört.

Die drei Vorlagen werden dem Ausschuß für den Staatshaushalt überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr. Kleine Anfragen, Interpellation über Rückgang der Kohlenförderung und Kohlengesetz.

Aus der Partei.

Das Parteitagsprotokoll.

Das langerwartete Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 2—6. März 1919 in Berlin ist nunmehr erschienen. Der Buchhandelspreis beträgt 5 Mark; den Parteiorganisationen liefert die Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin, das Protokoll auf Veranlassung der Zentralleitung der Partei für die Parteimitglieder zum Preise von 3 Mark. Die Parteileitung empfiehlt den Organisationen, ihren Mitgliedern das Protokoll zu diesem Preise abzugeben. Bei dem außerordentlichen Interesse, das dem Revolutionsparteitag der U. S. P. D. von allen Seiten entgegengebracht wurde, ist mit einem großen Absatz zu rechnen, weshalb wir den Organisationen dringend raten, ihre Bestellungen sofort an die Verlagsgenossenschaft Freiheit zu richten, umsomehr als damit zu rechnen ist, daß das Protokoll auch in weiten Kreisen außerhalb der Partei zahlreiche Abnehmer finden wird.

Groß-Berlin.

Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Niederbarnim.

J. S. Am gestrigen Donnerstag tagte im Landratsamt am Friedrich-Karl-Ufer eine Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte des Kreises Nieder-Barnim. Pfeiffer (U. S. P. D.) führte einleitend aus, daß trotz des bekannten Erlasses des Ministers Heine auf keinem Fall die örtlichen Arbeiterräte verschwinden dürfen. In einem späteren Erlaß sei die Bestimmung enthalten, daß die Arbeiterräte, soweit sie in der Bekämpfung des Schleichhandels und bei der Aufstellung von Einwohnerwehren tätig sind, ihre Tätigkeit weiter ausüben sollen. In einem solchen Falle müsse die betreffende Gemeinde auch die Finanzierung des Arbeiterrates übernehmen. Um hierüber Klärung herbeizuführen, fanden zwischen dem Zentralrat und dem Minister des Innern Verhandlungen statt. Der Schleichhandel sei zu unterbinden, jedoch nicht durch kleinliche Bahnhofskontrolle, sondern durch Erfassung der großen Schieber. Für die nächste Preistagskonferenz liege ein bürgerlicher Antrag vor, der die Beseitigung der Zentralstelle fordert. Handler-Buch (U. S. P.) legt eine Resolution vor, nach der es als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden müsse, daß die sozialistische Mehrheit des Kreistages diesen bürgerlichen Antrag ablehnt. Möhl-Hohenneuendorf (U. S. P.) schlägt die Gründung eines Inhaftierten-Fonds, der eventuell auch als Kampffonds benutzt werden könnte, vor.

Nach weiterer Debatte, die sich hauptsächlich mit der Bekämpfung des Schleichhandels befaßt, teilte betreffs des Inhaftierten-Fonds Grosche (U. S. P.) mit, daß die Zentralstelle möglicherweise dem Antrage näher treten würde. Er selbst habe sich in Schutzhaft befunden und könne mitteilen, daß bei den Schutzhaftgefangenen alle Parteigegensätze beseitigt seien. Die folgenden Redner klagten über die häufigen Feldbiebstähle; sie würden zu energischer Selbsthilfe greifen. Nachdem die Resolution Handler, und ein Antrag, daß mindestens alle vier Wochen eine Vollversammlung stattfindet, Annahme gefunden hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Konferenz sämtlicher Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre, die sich mit der Erfassung der werktätigen Bevölkerung zum Aufbau des Groß-Berliner Arbeiterrates beschäftigen soll, findet heute abend 6 Uhr im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz statt.

Achtung, Lazarettinsassen. Vertrauensleute, welche auf dem Boden der U. S. P. stehen, sind zu der am Sonnabend, den 16. d. M., nachmittags 3 Uhr, in den Zelten 23, Zimmer 5, stattfindenden Fraktionssitzung eingeladen.

Auf der Polizeiwache durch einen Säbelhieb schwer verletzt wurde der Arbeiter Kochalski, der wegen Handelns auf der Straße und weil er angeblich der Aufforderung von Polizeibeamten, Platz zu machen, nicht gefolgt sei, nach der Polizeiwache des 88. Reviers mitgenommen wurde. Dort soll K. einen Angriff gegen Polizeibeamte gemacht haben; ein Beamter will in der Notwehr zum Säbel gegriffen haben. Der Hieb ging bis auf den Knochen. K. mußte nach der Rettungswache und von da nach dem Krankenhause gebracht werden. — Lautes Schreien wurde gestern früh aus der Polizeiwache in der Kottbuserstraße gehört. Die Schreie rührten von einer weiblichen Person her, die in Haft genommen war wegen recht harmloser Aeußerungen. Die Person soll sogar gefesselt worden sein, als handele es sich um Schwerverbrecher. Sollen die Mißhandlungen Verhafteter auf den Polizeiwachen wieder in Flor kommen?

Große Empörung löste gestern das Verhalten eines Noske-Leutnants auf dem Stettiner Bahnhof aus. Dort waren die Eltern von 50 Kindern anwesend, um die letzteren in einen nach Dänemark bestimmten Zug der Ferienkolonisten zu geleiten. Da entstand plötzlich unter dem Publikum große Erregung. Der Noskeoffizier verteilte ganz offen vor dem Zuge Zettel antisemitischen Inhalts. Die dem jungen Herrchen gemachten Vorhaltungen wies dieser durch verächtliche Haltung ab, was die Leute noch mehr reizte. Eine ältere Dame sagte zu dem Antisemiterich: „Ich spucke Sie an! Gehen Sie weg!" Die Sache wurde so toll, daß selbst der diensthabende Bahnbeamte sich genötigt sah, den Zettelverteiler festzustellen. Wohl nur zur Beruhigung des Publikums. Man wird doch dem Provokateur nichts antun, er war ja kein Verteiler der „Freiheit".

Zum Raubmord auf der Schönwalder Chaussee teilt die Staatsanwaltschaft mit: Die Persönlichkeit des Ermordeten ist in dem Arbeiter Edmund Lemm, Spandau, Kurstr. 22, ermittelt worden. Der in Verdacht des Mordes Stehende wird folgendermaßen beschrieben: er trug dunkelblauen Jackettanzug und dunkelblaue Rudermütze, weißen Kragen und Krawatte. Das Rad Brennabor, Tourenrad, Nr. unbekannt, Gestell schwarz, Lenkstange nach oben gebogen, vernickelt, Korkgriffe, Felgen gelb gestrichen, Speichen vernickelt, Pedale mit Gummi, Glocke an der Lenkstange, Bremse fehlt, Ledersatteln, ohne Laterne, braune Werkzeugtasche, Kotschützer, Schwarzmetall. Besondere Kennzeichen: die Unterlegscheibe zwischen dem Laternenhalter und der Mutter zum Festklammern der Lenkstange ist eingeprägt. Vorderrad hat eine Laufdecke, Hinterrad gewöhnliche graue Luftschläuche, das Vorderrad ist 3 bis 4 mal geflickt. Der hintere Luftschlauch soll, während der mutmaßliche Mörder das Rad führte, ohne Luft gewesen sein.

Die antisemitischen Ausschreitungen am Kurfürstendamm, über die wir gestern berichteten, haben noch zu mehreren Verhaftungen geführt. Unter anderen ist, wie jetzt festgestellt wurde, der 24 Jahre alte Artur Zucker aus der Frankfurter Straße durch einen Schuß in den Oberschenkel und der 24 Jahre alte Franz Wilk aus der Neuen Kantstraße 2 durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

NEU!
Soeben erschienen!

Sozialistische Schul- u. Erziehungsfragen

Von Dr. Kurt Kerlöw-Löwenstein
Preis 3.— Mark

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr
„Der Kuhreigen."
Oper von Wilh. Kienzl.

Direktion
C. Meinhard — R. Bernauer.

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8 Uhr: Der Häuptling.
Sonnab., Sonntag u. Montag
8 Uhr: Musik,
mit Maria Orska.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
8 Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater
½8 Uhr: Die Dame im Frack

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher.
8 Uhr: Charleys Tante.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße.
Ausgang Stralauer Straße.
8 Uhr: Zum 209. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Trianon-Theater.
Gr. Friedrichstraße, Ztr. 4927, 2396.
8 Uhr: Zum 334. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.

Walhalla-Theater
Täglich: 7½ Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit!
Gartenbühne:
Theater, Spezialitätenvorstellg.

Rose-Theater
7½ Uhr: Die Frau d. Debütanten.
Gartenbühne:
Uhr: Konzert, Spezialitäten.
Uhr: Das sieht sich jeder an.

National-Theater
Uhr Stimmlicher Lachererfolg! 8 Uhr
Familie Hannemann

½8 Uhr **Casino-Theater** ½8 Uhr
Eröffnung, Sonnabd., 16. August
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbüble".
Operettenakt mit Victor Litzek
von der Komischen Oper.
Erstklassige Spezialitäten.

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9.
½8 Neptun's Bummelfahrt
Erstklassiges Varieté.
In der Tanz-Sale täglich **Ball.**
Anfang 4½ Uhr.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Blüthgen-Konzert.

Kennst du das Land, wo dicke Eichen stehen?
Hast du den kleinen Spreewald schon gesehen?
Der schönste Ausflugsort im Reiche
Ist
Manns Waldschloß in Schöneiche.
Tel.: Friedrichshagen 65.
Jeden Sonntag Tanz.

Deutscher Konzertina- und Bandonion-Bund
Bezirk Berlin.
Sonnabend, den 16. Aug. 1919
Großes
Bezirks-Konzert
im großen Garten des Etablissements
Zum Schultheiß
früh. Unions-Brauerei, Hasenheide.
Musikalische Leitung:
Herr W. König
Kassenöffn. 5.30 Uhr
Anfang 6.30 Uhr
Eintritt 0.60 Mark
Der Bezirks-Vorstand.

Berliner Theater
Gastspieldirektion Walter Bromme

Täglich ½8 Uhr:
Die Sensation von Berlin!
Die Dame im Frack
Musik von **Walter Bromme**
In den Hauptrollen:
Käthe Dorsch – Richard Senius

Es empfiehlt sich, Billetts rechtzeitig zu besorgen: Wertheim, Invalidendank u. an der Theaterkasse von 10-½2 und ab 6½ Uhr.

Genossen u. Genossinnen
Für Euch ist der grosse soziale Film aus der Arbeiterbewegung
Tote, die nicht sterben
Fortuna-Lichtspiele, Müllerstr. 12a
Täglich 5 und 8 Uhr

U. S. P. D. Charlottenburg

Sonnabend, den 16. August 1919, in den gesamten Räumen des Etablissements Carlshof
Großes Volksfest
Unter Mitwirkung der Charlottenburger Liedertafel (M. d. A. S. B.) und des Arbeiter-Radfahrerbundes
Festrede Genosse Rabold
2 Konzertkapellen :: Kaffeeküche
Großer Ball in 3 Sälen
Für die Kinder: Marionetten-Theater, Onkel Knesebeck, Fackelzug usw. usw.
Prachtvoller Garten. 15 000 Sitzplätze. Bei ungünstiger Witterung ist für genügend Schutz gesorgt.
4 große Seen zu Ruderbootfahrten
Gute Fahrverbindung: Ringbahnhof Beusselstraße und Jungfernheide, außerdem viele Straßenbahnen.
Einlaßkarten à 1.14 Mark. Kinder frei
Kassenöffnung 2 Uhr — Ende???
Um zahlreichen Besuch bittet
Das Festkomitee.

Thalia-Lichtspiele	Blücher-Lichtspiele
Gr. Frankfurter Str. 27	Blücher-Straße Nr. 61

In beiden Theatern von Freitag den 15. 8. bis Montag, den 18. 8. 19.
der spannendste Sensationsfilm der Gegenwart in 5 Akten
Die große Zirkusattraktion
Der Film führt uns einen großen Teil von Sensationsabwechselungen vor Augen, wie sie bisher in einem Film noch nicht gesehen worden sind, der Kampf mit den Räubern, die Namenlosen, sowie die vorkommenden Liebes- und Verfolgungs-, ebenso Zirkusattraktionen sorgen für dauernde Abwechselung.
Niemand versäume diese Sensation. Außerdem das große Beiprogramm. — Frühes Kommen sichert gute Plätze. Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr

---

KINO-VORFÜHRER
Kursus beginnt.
Anmeldung Filmgesellschaft (Gleditschstr. 43, hochpt. (Nollendorf-Winterfeldtplatz) Sprechzeit 9-8 Uhr.

Zahnarzt Falkenstein
Wissenschaftlich anerkanntes Spezialverfahren für Anästhesie
(eigene bei Herzleidenden, Nervösen und sehr Sensiblen bewährte Betäubung)
Befestigung loser Zähne — Zähne ohne Platte — Fein-Goldkronen etc.
Ausbildung in der Zahntechnik
(auch Damen).
Für Unbemittelte bzw. Kriegsbeteiligte findet zahnärztliche Poliklinik täglich 6–7 Uhr statt.
Honorar entspricht dem der Universitätsklinik.
Charlottenburg, nur Kantstr. 132, hochpart.
Telefon: Steinplatz 7396

Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen. Damen- und Herren-Abteilung.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße, 9-1, 4-8, Sonnt. 10-1

Theater i. d. Königgrätzer Str.
Am Sonnabend, d. 16. 8., Sonntag d. 17. 8. und Montag, d. 18. 8., 8 Uhr
Musik
Sittengemälde in 4 Bildern von Frank Wedekind.
Hauptdarsteller: Maria Orska, Johanna Zimmermann, Frieda Richard, Emilie Kurz, Ferdinand von Alten, Hedwig Eliede, Kurt Katsch, Bruno Eichgrün, Hugo Bauer.
Voranzeige: Dienstag, den 19. 8.:
Die fünf Frankfurter.

Vergnügungs-Palast GROSS-BERLIN
Hasenheide 13 14.
Ab 16. August: **TÄGLICH**
RINGER-WETTSTREIT
um den Gladiatoren-Preis 10 000 Mark.
Vorher das erstklassige Spezialitäten-Programm.
Außerdem:
Wer seinen Kindern gibt das Brot — —?
Volksstück mit Gesang und Ballett in 2 Akten.
Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr, der Ringkämpfe 9 Uhr. Sonntags ½ Stunde früher.
Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag in den Prachtsälen: **GROSSER BALL.**

Baltschmieders Varieté-Garten Badstrasse 16.	Weissenseer Sommer-Theater Prenzlauer Promenade 6-8.

Dir.: Gerh. Dammann
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester

Eröffnung der Gärten:	Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 2½ „
Beginn des Konzerts:	Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „
Beginn des Varietés:	Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 „

Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von 9—4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1087, 9714.

Achtung! Achtung!
An unsere Mitglieder!

Der Vorstand hat dem Antrag der Verwaltungsstelle Berlin auf Genehmigung der Erhöhung des Extrabeitrages stattgegeben. Wir verweisen unsere Mitglieder auf die diesbezügliche Bekanntmachung in der nächsten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung.

Gleichzeitig ist dem Antrag auf Abänderung des Ortsstatuts hinsichtlich der Unterstützungsbezüge für Erwerbslose und Streikende stattgegeben.

Die Beiträge betragen vom 1. September d. J. ab:

in Klasse 1 . 1,20 Mk. pro Woche
„ „ 2 . 0,60 „ „ „
„ „ 3 . 0,40 „ „ „
} unverändert

Die Unterstützung für Erwerbslose und Streikende erhöht sich

in Klasse 1 . 1,00 Mk. pro Woche
„ „ 3 . 0,50 „ „ „

Die Ortsverwaltung.

Flugzeugmeisterei Adlershof.
Betriebsversammlung.
Sonnabend, den 16. August, nachm. 2 Uhr, bei Wollstein, Adlershof, Bismarckstr. 73.
Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben.
(Legitimation: **Entlassungsschein**).

Kaufgesuche

Zigarren, Zigaretten, Tabak, Fein- und Grobschnitt, kauft sofort jeden Posten Zigarrenladen Wallstraße 80

Kupferdrähte
Kabel, Litzen
für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb
Pfalzburg 4559
Joachim-Friedrich-Straße 34

Spiralbohrer, neue, kauft laufend täglich von 8 Uhr Schlev, Neukölln, Prinz-Handjerystraße 44/45.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 16,
Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Schau-Burg
Andreasstraße 64.
Ringkämpfe
Entscheidung:
Steinke gegen Schikat.
Ehrenpreis von Heila Moja persönlich überreicht.
Ferner: Douglas / Zambusch, Paradopoli / Winzer.
Großes Filmprogramm.

Nordpalast-Lichtspiele
Haupteingang: **Wiesenstrasse 41/42**
II. Eingang: **8 Köslinor Strasse 8.**
Vom 15.—18. August
DER TOTENTANZ
ergr. Sens. u. Sittendr. in 5 Akten u. Beiprogramm

Achtung! Achtung!
Ia. Prima Hemdenstoff (weiß) 90 cm breit, sehr billig verkauft K. Kunze, Berlin SO. 33, Wrangelstraße 5, Hof IV. **Melden sofort.** Uebrig geblieben von der Verteilung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Flugzeug-Meisterei Adlershof.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Flugzeugmeisterei Adlershof.
Kunze. Lange.

Abessinier Brunnen

zum Selbstaufstellen, Kompl. unter Garantie, Erdbohrer, Manschetten, Klappen, sämtl. Ersatzteile sof. lieferb. Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N. 61, Chausseestr.

Laubenparzelle mit ... und Erste (auch ohne) billig zu verkauf. Näheres Zigarrengeschäft ... O. 17, Gollnowstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83—85.
Fernsprecher: Amt Norden 185, 1230, 1087, 9714. Geschäftszeit von 9 bis 4 Uhr.

Achtung! **Kollegen und Kolleginnen.** Achtung!

Am Sonntag, den 17. August 1919
von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags
finden die
Wahlen zur 14. ordentlichen Verbandsgeneralversammlung
in Stuttgart statt, und zwar in folgenden Lokalen:

Osten:
1. Rott, Straßmannstraße 29.
2. Comenius-Säle, Memeler Str. 67.
3. König, Lange Straße 53.
4. Rauter, Gr. Frankfurter Str. 10.
5. Pilgäcker, Blumenstraße 34.

Nord-Ost:
6. Späth, Georgenkirchstraße 65.
7. Wiese, Elbinger Straße 85.

Nord-West:
8. Markgraf, Huttenstraße 23.
9. Trick, Berlichingenstraße 5.
10. Pürsch, Oldenburger Straße 18.
11. Krüger, Puttlitzstraße 10.
12. Hämmerer, Birkenstraße 67.
13. Thielemann, Waldenser Str. 19.

Norden:
14. Büttner, Schwedter Straße 28.
15. Hummel, Sophienstraße 5.
16. Gilesche, Kopenhagener Straße 74.
17. Baumann, Gerichtstraße 74.
18. Larzeck, Hussitenstraße 83.
19. Waldt, Pflugstraße 5.
20. Tarus, Bellastraße 37.
21. Löwenbrauerei, Hoch-, Ecke Badstraße.
22. Fritsch, Drontheimer Straße 4.
23. Roß, Marstraße 12.
24. Beyer, Müllerstraße 126.
25. Evan, Triftstraße 57.

Süden:
26. Fröhlich, Muskauer Straße 1.
27. Eichhorn, Reichenberger Straße 86.
28. Blenkle, Bopp-, Ecke Schönleinstraße
29. Büttner, Gneisenaustraße 66.
30. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
31. Topp, Alte Jakob-, Ecke Hollmannstraße.

Süd-Osten:
32. Winter, Ritterstraße 117.

Westen:
33. Wiemer, Bülowstraße 58

Adlershof:
34. Stropp, Robichestraße 16.

Baumschulenweg:
35. Bochr, Baumschulenstraße 67.

Charlottenburg:
36. Volkshaus, Rosinenstraße 3.
37. Porschel, Kaiser-Friedrich-Straße 58

Cöpenick:
38. Kasner, Auguste-Viktoria-Straße 29.

Friedenau:
39. Tanz, Holsteinische Straße 22.

Friedrichshagen:
40. Tinius, Friedrichstraße 121.

Lichtenberg:
41. Blume, Alt-Boxhagen 56.
42. Schulz, Kronprinzenstraße 47.
43. Dahmes, Mainzer Straße 23.

Mariendorf:
44. Streiter, Chaussee-, Ecke Kaiser-fürstenstraße.

Neukölln:
45. Ideal-Klause, Mareschstraße 14/16.
46. Ideal-Kasino, Weichselstraße 8.
47. Rückheim, Berg-, Ecke Lahnstraße
48. Iden, Boddinstraße 58.
49. Kirchner, Hermannstraße 100.

Ober-Schöneweide:
50. Kobaneck, Wilhelminenhofstraße

Nieder-Schöneweide:
51. Reihel, Grünauer Straße.

Pankow:
52. Schmidt, Florastraße 15.

Reinickendorf-West:
53. Glamann, Schillingstraße.

Schöneberg:
54. Obst, Martin-Luther-Straße

Seegefeld:
55. Baier, Kruppstraße.

Siemensstadt:
56. Müller, Nonnendamm-Allee, Ecke Märkischer Ring

Spandau:
57. Steinmetz, Bismarckstraße 8.
58. Dannenbergs Bierhallen, Charlotten-, Ecke Potsdamer Straße
59. Windt, Pichelsdorfer Straße 3.

Staaken:
60. Thiehle, Berliner Straße.

Steglitz:
61. Henke, Flensburger Straße 7.

Tegel:
62. Lehnhardt, Berliner Straße.

Tempelhof:
63. Bürgergarten, Berliner Straße, am Bahnhof.

Treptow:
64. Sauter, Harzer Straße 88.

Weißensee:
65. Masche, Berliner Allee 251.

Wilhelmsdorf:
66. Sommer, Schwarzkopfstraße.

Hermsdorf:
67. Bahnhofstr. 5.

Reinickendorf-Ost:
68. Residenzstr. 153, Schönholzer Weg

Es ist unbedingt Pflicht der Kollegen und Kolleginnen sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin — Sebastianstraße 37-38

Achtung! **Achtung!**
Hosen- und Westen-Schneider und Schneiderinnen
Sonnabend, 16. August, abends 7 Uhr bei Schulz, Königsgraben 2
öffentliche Versammlung
Tagesordnung:
Unsere Stellung zu den Forderungen an die Arbeitgeber
Referent: Kollege Fischer
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist Ihr Erscheinen unbedingt erforderlich.
Die Kommission.

Das Heft 27 des **»Arbeiter-Rat«** enthält die **graphische Darstellung der Räteorganisation** auf wirtschaftlichem Gebiet sowie die Erläuterungen hierzu.
Der Arbeiterrat erscheint wöchentlich.
Im Abonnement monatlich 2,40 M. inkl. Porto.
Verlag des „Arbeiter-Rat", Berlin SW, Schützenstrasse Nr.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie gescheitert.

Der Lohnkampf der Metallarbeiter Groß-Berlins scheint von den Unternehmern zu einer Machtprobe gegen die Arbeiterschaft benutzt werden zu sollen. Die bisher geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Ueber ihren Verlauf wird uns vom Metallarbeiterverband geschrieben:

Die Verhandlungen für die Arbeiter der Metallindustrie sind gescheitert. Auf die Forderung der Berliner Metallarbeiter,

für gelernte Arbeiter einen Stundenlohn von 3,50 M.
„ angelernte „ „ „ „ 3,30 „
„ ungelernte „ „ „ „ 3,— „

antwortete der Verband Berliner Metallindustrieller mit einem Gegenvorschlag von sechs Lohnklassen, deren jede eine untere und obere Grenze vorsieht. Die Löhne dieser sechs Klassen bewegen sich zwischen 2 M. und 3,20 M. Nachdem sich die Verhandlungen im Hauptausschuß für die Berliner Metall-Industrie zerschlagen hatten, weil dieses Gegenangebot der Unternehmer eine tatsächliche Verschlechterung der bestehenden Entlohnung vorstellt, wurde vom Deutschen Metallarbeiter-Verband das Arbeitsministerium gebeten, vermittelnd einzugreifen. Das geschah auch. Unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrat Hausmann fanden in der ersten Hälfte des Monat August drei solcher Verhandlungen statt. Während die Verhandlungskommission der Berliner Metallarbeiter weiteres Entgegenkommen zeigte, war vom Verband Berliner Metall-Industrieller keinerlei Entgegenkommen zu verzeichnen. Die Metallarbeiter rangen von ihren obengenannten Forderungen zurück bis zur Bildung von vier Lohnklassen. Der Einstellungslohn in der

1. Klasse wurde mit 3,10 M.
2. „ „ „ 2,90 „
3. „ „ „ 2,75 „
4. „ „ „ 2,55 „

vorgeschlagen. Dazu sollten in jeder Klasse 30 Pf. Zuschlag pro Stunde für die Arbeiten eines Arbeiters durchschnittlicher Leistungsfähigkeit gezahlt werden. Die von den Unternehmern verlangte obere Begrenzung des Verdienstes ist für die Berliner Metallarbeiter unannehmbar.

Die Arbeitgeber gingen auf dieses weitere Entgegenkommen nicht ein, schlugen vielmehr vor, daß von beiden Parteien die äußerste Grenze ihres Entgegenkommens dem unparteiischen Vorsitzenden als diskreter Vorschlag zu Händen gegeben werden sollte. Seitens der Arbeiter wurde auch auf diesen Vorschlag eingegangen. In der Sitzung am 13. 8. 19 machte der unparteiische Vorsitzende auf Grund der eingegangenen diskreten Vorschläge folgenden Vergleichsvorschlag:

1. Die Zahl der Lohnklassen für männliche Arbeiter über 18 Jahre soll möglichst auf fünf beschränkt werden.

2. Der Einstellungslohn soll betragen:

In der 1. Klasse 3,— M.
„ „ 2. „ 2,80 „
„ „ 3. „ 2,60 „
„ „ 4. „ 2,40 „
„ „ 5. „ 2,20 „

3. Je nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters sollen zu den Einstellungslöhnen der einzelnen Lohnklassen Zuschläge gezahlt werden und zwar in sämtlichen fünf Klassen drei Zuschläge von je 10 Pfg.

Der erste Zuschlag von 10 Pf. soll nach sechs Arbeitswochen mit rückwirkender Kraft vom Tage der Einstellung ab gezahlt werden, wenn der Arbeiter sich als brauchbar erweist.

Die weiteren Zuschläge werden unter Berücksichtigung von Leistung, Dienstalter und den Verhältnissen des Betriebes gegeben.

Die durch die aufgeführten Zuschläge sich ergebende Grenze kann ausnahmsweise bei einzelnen Leuten überschritten werden, die außergewöhnliche Fähigkeiten und Leistungen aufweisen.

Die Feststellung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters erfolgt durch den Arbeitgeber und den betreffenden Arbeitnehmer. Im Streitfalle ist der Betriebsrat oder Arbeiterausschuß zu hören und nötigenfalls der Schlichtungsausschuß anzurufen.

Soweit Arbeiter bisher höhere Löhne beziehen, als Lohn und Zuschläge in diesem Abkommen betragen, sollen sie nicht verschlechtert werden.

4. Von dem Abbau der Spitzenlöhne soll zur Zeit abgesehen werden.

5. In Betrieben, in denen der Durchschnittslohn höher ist als der jetzt zu vereinbarende Lohn, wird an Neueinzustellende zunächst der neue Einstellungslohn gezahlt. Außer dem ersten — jedem brauchbaren Arbeiter rückwirkend zu gewährenden — Zuschlag bekommt er einen Sonderzuschlag in Höhe der Differenz zwischen dem Durchschnittslohn, der für die betreffende Arbeiterkategorie im Betriebe gezahlt wird, und dem Einstellungslohn plus sämtlichen Zuschlägen der betreffenden Kategorie.

6. Für neu eintretende Arbeiter gilt der Einstellungslohn als angemessene Bezahlung. Vom paritätischen Arbeitsnachweis darf Arbeit nicht unter diesen Einstellungslöhnen vermittelt werden. Andererseits sind die Arbeitsuchenden verpflichtet, die Arbeit zu diesen Einstellungslöhnen anzunehmen. Es darf daher dem Arbeiter, wenn die Arbeit sich im übrigen für ihn eignet, nicht bescheinigt werden, daß Arbeit zu angemessenen Bedingungen für ihn nicht zu haben sei.

7. Die neuen Sätze sollen vom 1. August ab in Kraft treten.

Zu diesem Vermittlungsvorschlag ist zu bemerken, daß der vorgeschlagene Einstellungslohn eine Verschlechterung gegenüber der jetzt vorhandenen Entlohnung bedeutet. In dem alten, gekündigten Kollektivabkommen sind die Mindestlöhne zum Teil bereits mit 3,10 bezw. 3,15 Mk. festgelegt, während die Gruppen der Dreher und Maschinenschlosser ohne Abkommen jetzt schon mit 3,20 Mk. bezw. 3,50 und mehr entlohnt werden. Will man also für die gesamte Metallindustrie verbindliche Lohnklassen schaffen, so kann man unmöglich unter die bisher gezahlten Löhne heruntergehen.

Weiter stehen die Arbeitnehmer auf dem Standpunkt, daß, wenn schon Zuschläge nach Leistungsfähigkeit zu den Einstellungslöhnen gezahlt werden sollen, diese in dem Moment, in dem die Leistungsfähigkeit festgestellt wird, in voller Höhe der individuellen Leistungsfähigkeit zu zahlen sind.

Ein weiterer, ganz unannehmbarer Begriff ist der, daß die Zuschläge gegeben werden sollen unter der Voraussetzung, daß der Arbeiter sich als brauchbar erweist, das Dienstalter und die Verhältnisse des Betriebes berücksichtigt werden sollen. Gibt es Zuschläge nach dem Dienstalter, so bedeutet das eine Strafe auf Wohlverhalten. Die Zuschläge abhängig zu machen von den Verhältnissen des Betriebes können die Arbeiter erst dann, wenn ihnen volle Einsicht in die Rentabilität der Betriebe gegeben wird, kurz, wenn sie das volle Mitbestimmungsrecht haben.

Während die Arbeitnehmer bereit waren, auf den Vergleichsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums öffentlich zu antworten, wurde dies seitens des Verbandes der Berliner Metall-Industriellen abgelehnt und vorgeschlagen, auch die Antwort auf den Vergleichsvorschlag schriftlich diskret zu Händen des Herrn Unparteiischen zu geben. Dies wurde seitens der Arbeitnehmer abgelehnt, die erklärten, nunmehr in aller Oeffentlichkeit ihre Mitglieder informieren zu müssen.

In einer darauf folgenden gemeinsamen Sitzung wurde seitens des Herrn Unparteiischen nunmehr mitgeteilt, daß die gegenseitigen Differenzen so groß seien, daß an einen Ausgleich ohne den Spruch eines Schlichtungsausschusses mit unparteiischem Vorsitzenden nicht zu denken sei. Er schlug darum vor, daß nach § 22 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 die Parteien sich damit einverstanden erklären sollen, daß seitens des Reichsarbeitsministeriums ein Schlichtungsausschuß berufen werde. Auch diesem Vorschlag stimmte die Verhandlungskommission der Berliner Metallarbeiter zu. In einer demnächst stattfindenden Generalversammlung wird die Berliner Metallarbeiterschaft Gelegenheit haben, zu ihrer Lohnbewegung Stellung zu nehmen.

Nach dieser Schilderung des Metallarbeiterverbandes scheint der Kampf innerhalb der Groß-Berliner Metallindustrie unvermeidlich zu sein. Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß hier ein gewaltiger, in seiner Tragweite kaum abzuschätzender Kampf vom Zaune gebrochen wird. Bereits am 24. Juli, als wir die Berliner Metallindustriellen als „kapitalistische Streikprovokateure“ bezeichneten, haben wir einwandfrei nachgewiesen, daß die Unternehmer den Streik wollen, alles für ihn vorbereitet haben und deshalb auch vor keinem Mittel zurückschrecken, um selbst innerhalb ihrer Reihen durch einen schamlosen Terror die den Streik ablehnenden Unternehmer zum Losschlagen zu zwingen.

Die die Berliner Metallindustrie beherrschenden Oberscharfmacher Ernst v. Borsig, Direktor Beiersdorf und Pfeil (Siemens-Schuckertwerke) und Elfes (A. E. G.) haben sich Blankovollmacht geben lassen. Das haben wir in unserem Artikel vom 7. August d. J. nachgewiesen. Diese Großindustriellen sitzen in der famosen Zentralkommission und haben letzten Endes die Entscheidung in der Hand. Kein Zweifel, sie hoffen, die Berliner Metallarbeiter durch einen wochenlangen Aderlaß niederzuschlagen und außerdem einen Schlag gegen die kleinen Existenzen innerhalb ihrer eigenen Reihen führen zu können.

Dem Bericht der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist zu entnehmen, daß die Unternehmer den Metallarbeitern einen umfangreichen Abbau der bestehenden Verdienste zumuten. Wer die Verdienste in der Metallindustrie kennt, der weiß, daß sie unter den heutigen Verhältnissen aufbesserungsbedürftig sind. Statt dessen soll eine ganz erhebliche Herabsetzung vorgenommen werden. Eine Ortsverwaltung, die dazu ihre Hand bieten würde, wäre wert, gesteinigt zu werden. Wir glauben, die Ortsverwaltung ist bereits mit ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den Unternehmern bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Sie hat bei den Verhandlungen eine große Geduld an den Tag gelegt. Denn unter den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes macht sich bereits eine sehr gereizte Stimmung bemerkbar. Wir können jedoch die Haltung der Ortsverwaltung verstehen. Sie mußte angesichts der Folgen, die ein Kampf in der Berliner Metallindustrie nach sich ziehen würde, alles tun, um den Versuch einer friedlichen Beilegung zu machen.

Die gesamte Berliner Arbeiterschaft kennt den Ernst der Lage und verfolgt die Vorgänge innerhalb der Metallindustrie sehr aufmerksam. Soweit wir unterrichtet sind, dürfte sich der Kampf nicht auf die Metallindustrie beschränken. Große, für das Wirtschaftsleben lebenswichtige Gruppen tragen sich schon jetzt mit dem Gedanken einer solidarischen Handlung. Allgemein wird das Vorgehen der Metallindustriellen als der erste Stoß der kapitalistischen Reaktion angesehen. Gelingt es, die Metallarbeiter in das kapitalistische Ausbeutungsjoch zu zwingen, werden andere Scharfmachergruppen den gleichen Versuch machen.

Neben dem Abbau der Löhne fordern die Unternehmer noch Bestimmungen, durch die die Arbeitslosen gezwungen werden sollen, die Arbeit zu den herabgesetzten Löhnen anzunehmen. Lehnen sie das ab, dann würden sie die Arbeitslosenunterstützung verlieren. Kann noch jemand im Zweifel sein, wohin die Unternehmer steuern? Die Arbeiter sollen zu willenlosen Lohnsklaven degradiert werden, damit der Kapitalismus im „neuen Deutschland“ seine Auferstehung feiern kann. Dazu kann und darf die Arbeiterschaft nicht schweigen; sie muß bereit sein, sich dagegen mit allen Mitteln zu wehren.

Der „Vorwärts“, das rechtssozialistische Regierungsorgan, schrieb am Dienstag in seiner Morgenausgabe: „Unabhängige und kommunistische Apostel durchziehen das Land, um alle lebenswichtigen Berufe, nur um des Streikes willen, jeden Tag erneut zum Streik aufzufordern.“ Er spricht dann weiter von „mörderischen Anschlägen auf das Leben unseres Volkes“. Bisher aber haben wir noch kein Wort der Entrüstung gegen die kapitalistischen Streikhetzer im „Vorwärts“ gefunden. Er hält es scheinbar ganz in der Ordnung, daß der kapitalistische Eigennutz wieder seine Triumphe feiert und das Proletariat zu willenlosen Ausbeutungsobjekten herabgedrückt wird. Freilich, die Rechtssozialisten dürfen keine Opposition gegen ihre kapitalistischen Blockbrüder machen, sonst könnte ihre Regierungsherrlichkeit in die Brüche gehen. Daß die derzeitigen regierungssozialistischen Minister in völlige Abhängigkeit zum Kapital geraten sind, haben ja die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium bewiesen. Schon die Art einer solchen Verhandlung muß befremden erregen. Da werden die Vorschläge der Parteien dem unparteiischen Vorsitzenden überwiesen und diskret behandelt. Also die eine Partei darf nicht wissen, was die andere zu geben gedenkt, das erfährt nur der Verhandlungsleiter. Es ist nur zu begrüßen, wenn die Vertreter der Metallarbeiter es ablehnten, eine solche Komödie mitzumachen.

Und das alles geschieht unter einem „sozialistischen“ Minister, unter einem Minister, der heute noch Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist, ja, bis vor wenigen Wochen dessen erster Vorsitzender war. Ist denn Herrn Schlicke bereits alles proletarische Empfinden, alles Gefühl für Solidarität verlorengegangen?

Nun, wir verstehen diese Haltung. Herr Schlicke und seine Genossen glauben, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit durch ihre neue Wirtschaftspolitik beseitigen zu können. Dabei kommen sie in Konflikt mit der Arbeiterschaft und geraten immer mehr in die Hände der Kapitalisten. Das beweisen die Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium. Wir bedauern es lebhaft, daß ein Mann wie Schlicke, der doch jahrelang vor dem Kriege mit Erfolg an der Spitze der größten Gewerkschaft gestanden hat, nunmehr zum Sachwalter des Kapitals geworden ist.

Deshalb müssen die Berliner Metallarbeiter die weiteren Vorgänge aufmerksam verfolgen und sich geschlossen hinter ihre Organisationsleitung stellen.

Gewerkschaftliches.

Der Hamburger Bankbeamtenstreik.

Wie der Allgemeine Verband der Bankbeamten mitteilt, hat das Reichsarbeitsministerium die streitenden Parteien auf Freitag, den 15. August, nachmittags 3 Uhr, zu neuen Verhandlungen nach Berlin geladen. An den Verhandlungen nehmen teil: je drei Vertreter der Hamburger und Berliner Bankleitungen, je ein Vertreter der Hamburger und Berliner Zentrale der Angestelltenausschüsse, des Allgemeinen Verbandes der Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins, ferner die Obleute der Angestelltenausschüsse der im Verbande Berliner Bankleitungen vereinigten Berliner Großbanken.

Man hofft, in den heutigen Verhandlungen eine Basis zu finden, wodurch der Hamburger Streik aus der Welt geschafft und das Uebergreifen der Bewegung auf Dresden, Leipzig, Chemnitz, Cassel und Freiburg in letzter Stunde vermieden werden kann.

Hamburg, 14. August. Der Verband Hamburger Bankleitungen veröffentlicht in den Morgenblättern eine Bekanntmachung an die Bankangestellten, in der außer den bereits gemeldeten Zugeständnissen gesagt wird, daß die Hamburger Beamten der in Berlin zentralisierten Banken mit Wirkung ab 1. August d. J. den Beamten in Berlin in Bezug auf das Gesamteinkommen gleichgestellt werden sollen. Die nicht in Berlin zentralisierten Banken werden eine entsprechende Regelung vornehmen, zu deren Beratung und Durchführung sofort eine paritätische Kommission eingesetzt wird, bestehend aus zwei Vertretern der Arbeitgeberorganisationen und je einem Vertreter der beiden Arbeitnehmerorganisationen. Die Bekanntmachung betont, daß der Verband der Bankleitungen besonderes Gewicht darauf legt, daß der durch den Streik arg erschütterte Wirtschaftsfriede dauernd wiederhergestellt wird.

Hamburg, 14. August. Eine heute vormittag abgehaltene Versammlung der ausständigen Bankangestellten hat mit 1500 gegen 2 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß auf die neuerlichen Vorschläge der Bankleitungen nicht eingegangen werden könne.

Die Angestellten der Provisions-Generalagenturen lehnen den Schiedsspruch ab.

In einer gut besuchten Versammlung der Angestellten der Provisions-Generalagenturen berichtete gestern nachmittag Koll. Poppe über das Ergebnis der Verhandlungen. Für Berlin wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Angestellten etwa folgendermaßen klassifiziert werden: Für Betriebe unter 15 Angestellten Klasse III (erste Beamte, Kassen- und Abschlußarbeiten, Prüfen und Entwerfen von Urkunden, Außendienst, Organisations- und Werbetätigkeit, Regulierung alter Schäden), Klasse IV alle andern. Für Betriebe über 15 Angestellte Klasse II (erste Beamte, Bureauvorsteher, Buchhalter, selbständiger Briefwechsel, Außendienst), Klasse IV perfekte Stenotypistinnen. Lehrlinge zählen dabei als Angestellte. Ferner erhielt der Reichstarifvertrag noch einige textliche Aenderungen. Die Tarifkommission soll heute entscheiden, ob dieser Tarif für das ganze Reich gelten soll. Für die Kassenboten wäre es unmöglich gewesen, etwas zu erreichen.

Die Diskussion ergab große Unzufriedenheit über diesen Entwurf, da sich sehr viele Angestellte damit verschlechtern würden. Die Annahme würde eine glatte Niederlage bedeuten. Der Schiedsspruch wurde einstimmig abgelehnt. Ueber die Frage, ob sich die Direktionsangestellten am Streik beteiligen sollen, entspann sich eine lebhafte Debatte, ohne daß darüber ein endgültiger Entschluß zustande kam. Aus München traf die Nachricht ein, daß überall derartige Verhandlungen im Gange sind, die zeigen, daß die Unternehmer ein großes Interesse daran haben, daß ihre Betriebe wieder in Schwung kommen.

Zum Streik im Chemischen Großhandel.

Einer Einladung des Zentralverbandes des Großhandels folgte gestern die Streikleitung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Transportarbeiter-Verbandes, um über die Beilegung des Streiks zu verhandeln. Zum lebhaften Erstaunen der Streikleitung waren auch noch andere Verbände vertreten, u. a. solche, deren Mitglieder in diesem Konflikt Streikbrecherdienste leisten. Die Vertreter der Streikleitung erklärten, daß über die Beilegung des Streiks naturgemäß Vertreter der Streikbrecher nicht verhandeln können. Wenn über die Beilegung der Differenzpunkte, die zum Streik geführt haben, eine Einigung erfolgt ist, dann seien die Vertreter der Streikleitung bereit, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Tarifverhandlungen in der früheren Form fortgesetzt werden. Die Arbeitnehmer weigern sich, diesen Vorschlag zu akzeptieren, wodurch die Verhandlungen hinfällig wurden.

Ausführlicher Bericht erfolgt in der Streikversammlung am Freitag morgen, 9 Uhr, in den Sophiensälen.

Tarifverhandlungen in der Pelzwarenbranche.

In einer am 13. August in den Musiker-Sälen abgehaltenen, von der Tarifkommission einberufenen sehr gut besuchten Versammlung der Angestellten der Pelzwarenbranche erstattete dieselbe Bericht über die bisherigen Verhandlungen.

Aus dem Bericht heben wir hervor, daß die in der Pelzwaren-Industrie bisher gezahlten Gehälter zum größten Teil geradezu als Hungerlöhne zu bezeichnen sind. Der Arbeitgeberverband der Pelzwarenbranche von Berlin hat trotzdem hartnäckig jede Verhandlung mit der Interessenvertretung der Angestellten

dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, abgelehnt. Erst durch das Eingreifen des Schlichtungsausschusses konnte eine gemeinsame Verhandlungen von Verband zu Verband erzwungen werden. Dieser Zwang wirkte auf die Arbeitgeber nach der Richtung hin, daß sie in der ersten gemeinsamen Zusammenkunft die Verhandlungen einfach sabotierten, um auf diese Weise das Zustandekommen eines Tarifvertrages und damit die Aufbesserung der geringen Gehälter zu hintertreiben. Das ihnen dies nicht gelungen ist, ist nicht ihre Schuld.

Die Forderungen der Angestellten kann man als äußerst niedrig bezeichnen, sie verlangen für einen 23jährigen mit einfachen Arbeiten beschäftigten Angestellten 350 Mark Grundgehalt, für qualifizierte Angestellte 450 Mk. und für vollständig selbständig arbeitende, hochqualifizierte Angestellte Gehälter von 600 bis 1000 Mark, sowie eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe von 750 Mark.

Eine Einigung ist infolge des geringen Entgegenkommens der Arbeitgeber noch nicht zustande gekommen. Die Angestellten haben die Vorschläge der Arbeitgeber einstimmig abgelehnt und sind fest entschlossen, ihre bescheidenen Forderungen unter allen Umständen durchzusetzen. Sie haben ihre Tarifkommission in Gemeinschaft mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen weiter in der gleichen Weise wie bisher zu vertreten.

Ferien in der Berliner Musikinstrumentenindustrie.

Den im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Arbeitern der Musikinstrumentenindustrie sind nach langen Verhandlungen folgende Ferien zugestanden worden: „Bei einer Beschäftigungsdauer von einem halben Jahr zwei Tage, nach einem Jahr drei Tage und nach drei Jahren vier Tage. Lohnarbeiter erhalten ihren jetzigen vollen Lohn, Akkordarbeiter den Durchschnittsverdienst und Teuerungszulage abzüglich 10 Prozent. Kriegsdienst rechnet als Beschäftigungszeit. Kriegsteilnehmer, die vorher nicht im Betrieb beschäftigt waren, sowie Lehrlinge, sind bei Bemessung der Ferien im Rahmen des Abkommens besonders zu berücksichtigen. Werden die Ferien dazu benutzt, um Dienste bei einem anderen Arbeitgeber zu leisten, so erlischt der Anspruch auf Ferienentschädigung. Eine Abgeltung in Geld an Stelle der Ferien ist unstatthaft. Für den Fall jedoch, daß die Entlassung eines Arbeiters innerhalb 14 Tagen vor Ferienantritt stattfindet, muß dem Entlassenen der Lohn für die Ferientage ausgezahlt werden. Die Ferien sind in die Monate August, September zu legen und setzen die Arbeiterausschüsse gemeinsam mit dem Unternehmer die Zeit fest. Die Abmachungen gelten nur für dieses Jahr.

In einer Mitgliederversammlung erstattete der Branchenleiter hierüber Bericht. Alle Diskussionsredner gaben ihrer Unzufriedenheit mit dem Erreichten Ausdruck, und wenn die Versammlung schließlich doch der Abmachung zustimmte, so nur unter dem Gesichtspunkt, daß dieser einen Frage wegen ein Kampf nicht lohne und die Ferien im nächsten Jahre ganz anders aussehen müssen. Nach den Berichten einzelner Obleute sind auch bereits einige Unternehmer über den Rahmen des oben festgelegten hinaus ihren Arbeitern entgegengekommen.

Ueber die Entschädigung für eigenes Werkzeug war sich die Versammlung dahin einig, dasselbe den Unternehmern nicht länger zur Verfügung zu stellen, falls nicht eine angemessene Entschädigung dafür gezahlt wird. Tariflich muß den Arbeitern sämtliches Werkzeug geliefert werden, ebenso muß die Zeit, in welcher wegen Mangel an Werkzeug nicht gearbeitet werden kann, in Lohn gezahlt werden. Auf strengste Benutzung des Arbeitsnachweises bei der Einstellung von Arbeitskräften soll geachtet werden.

Eine Branchenversammlung der Maschinen-, Motoren- und Autoschlosser, die gestern abend in den Germaniasälen tagte, beschäftigte sich eingangs der Tagesordnung mit der Lehrlingsfrage. Es wurde die bessere Zusammenfassung der Lehrlinge zur politischen und wirtschaftlichen Aufklärung und Schutz vor Ausbeutung und Mißhandlung gefordert. Eckert sprach dann über den bevorstehenden Verbandstag in Stuttgart und meinte, daß wohl alle Blicke nach dem Verbandstag der größten Organisation der Welt gerichtet seien, um zu erfahren, wie diese Organisation ihre Geschicke in der Zukunft leiten werde. Als Hauptmaßnahmen bezeichnete der Referent die Verurteilung der Kriegspolitik, des Hilfsdienstgesetzes, Protest gegen die Bevollmächtigtenkonferenz, die vollständig statutenwidrig und eigenmächtig zusammengerufen wurde. Die Neuwahl des Vorstandes und der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung" müßte in erster Linie vorgenommen werden. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften müsse dort gewissen werden. Mundspitzen helfe nicht mehr. Es könne nur heißen: Rätesystem oder Arbeitsgemeinschaften. Ebenso müßten tiefeinschneidende Statutenänderungen vorgenommen werden auf revolutionärer Grundlage. Redner meinte, wenn die Arbeiten nicht in dieser Weise gelöst würden, dann würde die Organisation nicht zur Ruhe kommen, die Kämpfe würden immer heftiger werden. Der Redner wies auf die Absplitterungsbestrebungen der mehrheitssozialistischen Mitglieder hin und betonte, daß es der Opposition, solange sie in der Minderheit gewesen sei, nie eingefallen wäre, Sonderbestrebungen zu pflegen. Man arbeite bewußt auf eine Spaltung hin. Urich beschäftigte sich ebenfalls in der Diskussion mit der Bevollmächtigtenkonferenz und den Sonderbestrebungen der S.P.D.-Mitglieder. Weiter berichtete Urich in einem kurzen Referat über den Gewerkschaftskongreß in Nürnberg. Er machte daran anschließend Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Berliner Metallindustriellen. Die Unternehmer hätten bewiesen, daß sie es zum Kampfe kommen lassen wollten. Demgegenüber rief der Redner zur Einigkeit und Geschlossenheit auf, um den Kampf mit aller Kraft führen zu können.

Eine starkbesuchte Branchenversammlung der Eisen-, Metall- und Revolverdreher und -dreherinnen, die am Donnerstag abend in den Pharussälen stattfand, nahm den Bericht vom Gewerkschaftskongreß entgegen, den Kollege Hillmer erstattete. Der Redner beleuchtete die Stellungnahme der Opposition, die bei allen Punkten ihre prinzipielle Auffassung in Reden und Resolutionen zum Ausdruck brachte, bei der Mehrheit des Kongresses aber nicht durchdrücken konnte. In der kurzen Diskussion wurde protestiert gegen das Betriebsrätegesetz der Regierung, ebenso gegen die Arbeitsgemeinschaften. Es wurde ausgesprochen, daß hoffentlich auf dem demnächst stattfindenden Verbandstag der Metallarbeiter die Opposition in der Mehrheit sei. Damit sei dann den Arbeitsgemeinschaften das Todesurteil gesprochen, da sie ohne den Beitritt der größten Organisation kaum wirkungskräftig werden könne. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche die Vertrauenskundgebung des Gewerkschaftskongresses für die Generalkommission ablehnt, ebenso die Resolution gegen die Arbeitsgemeinschaft. Zur Frage des Wiederaufbaus billige sie die Haltung des Gewerkschaftskongresses, verurteilt aber aufs schärfste die heutige Haltung des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, der den Kapitalisten ein ausgedehntes Tätigkeitsfeld beim Wiederaufbau sichern will. Die Versammlung stellte sich hinter die Resolution des Groß-Berliner Vollzugsrats.

Transportarbeiter der Siemenswerke. Die Kollegen und Kolleginnen, welche die Streikunterstützung noch nicht abgehoben haben, erhalten diese am Sonnabend, den 16. August, nach Schluß der Arbeitszeit im Lokal von Marsand, Nonnendamm-Allee.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Achtung Steinsetzer und Berufsgenossen. Um eine neue Generalversammlung herbeizuführen, findet am Dienstag, den 19. August, abends 7 Uhr, Brunnenstraße 158 eine Sitzung der Gruppe der Steinsetzer U. S. P. D. und K. P. D. statt. Gleichzeitig können in diesem Lokal die Marken für den Propagandafonds des Vollzugsrats für die Berufskollegen entnommen werden.

Lebensmittelkalender.

Britz. Für die Lebensmittel-Sonderzuteilung an werdende Mütter vom 4. Monat der Schwangerschaft an werden von Montag, den 18. August 1919 ab, besondere Karten ausgegeben. Die Aushändigung der Karten erfolgt auf die amtlich beglaubigte Bescheinigung einer Hebamme oder das Zeugnis eines prakt. Arztes, aus dem zweifelsfrei der Monat der Schwangerschaft hervorgeht und gegen Vorzeigung der alten Bescheinigung auf den Berlin-Britzer Lebensmittelausweis. Die Abgabe der Nährmittel erfolgt vom 25. August 1919 ab nur noch auf die neuen Karten.

Pankow. Da nicht genügendes frisches Fleisch zur Ausgabe zur Verfügung steht, gelangen Fleisch- und Blutwurstkonserven mit zur Verteilung. 200 Gramm Fleischkonserven kosten 2,13 Mk., 200 Gramm Blutwurstkonserven kosten 1,40 Mark. Die Konserven werden einschließlich des Dosengewichts in voller Höhe des Markenwertes als Ersatz für Schlachtviehfleisch abgegeben. — Vom Sonnabend, den 16. August, ab, gelangen in den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 67 von der allgemeinen Lebensmittelkarte, 250 Gramm ausländische Maisfabrikate zum Preise von 1,45 Mark zum Verkauf.

Weißensee. Die Lebensmittelkommission des Arbeiterrates Weißensee hat sich neu konstruiert. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Richard Carl, Berlin-Weißensee, Langhansstraße 18 II, zu richten. Jeden Freitag abend 7 Uhr hält die Lebensmittelkommission ihre Sitzungen im Rathause, Albertinenstr. 6, Sitzungszimmer 21, ab.

Buchholz. In der Gemeindeverkaufsstelle kann für die Jugendlichen je ½ Pfund Sago für 85 Pfg. entnommen werden. — Nächster Kartoffelverkauf findet am Freitag dieser Woche statt. — Schwangere Frauen können in der Gemeindeverkaufsstelle 150 Gramm Kakao für 1,60 Mark und 2 Pfund Kartoffelstärkemehl das Pfund für 70 Pfg. entnehmen. — Diejenigen Einwohner, die auf Nr. 49 der Lebensmittelkarte Maismehl noch nicht erhalten haben, können dieses jetzt in der Gemeindeverkaufsstelle haben. Preis pro Pfund 2,80 Mark.

Aus den Organisationen.

Nieder-Barnim. Heute Freitag, abends 7 Uhr, Kaffee Bellevue, Lichtenberg-Rummelsburg: Fortsetzung des Vortrages des Genossen Däumig über das Rätesystem. Zutritt haben alle Funktionäre.

Nieder-Barnim. Sonnabend, den 16. August, nachmittags 5 Uhr, findet in der Schulaula Lichtenberg, Marktstraße (Bahnhof Stralau-Rummelsburg), eine Konferenz der Bezirksleiter, Gemeindevertreter und Stadtverordnete des Kreises statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herr Professor Ballod. 2. Wahl verschiedener Arbeitsausschüsse. 3. Verschiedenes. Die Konferenz muß pünktlich 5 Uhr beginnen, besondere Einladungen ergehen nicht.

Charlottenburg. Am Sonnabend, den 16. August, veranstaltet der Wahlverein im Etablissement „Carlshof" ein großes Volksfest. Um regen Zuspruch wird gebeten. (Näheres siehe Inserat.)

Mariendorf. Sonntag, den 17. August: Großer Familienausflug nach Restaurant „Jägerhaus", Lichtenrader Chaussee. Treffpunkt 1½ Uhr Dorfstraße, Abmarsch 2 Uhr.

Freie Jugend. Gruppe Wedding I. Freitag, wichtige Mitgliederversammlung bei Kroll, Utrechterstraße, Ecke Hennigsdorferstraße.

Vereinskalender.

Zentr. Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Bezirk Weißensee. Am Freitag, den 15. August, abends 7½ Uhr, findet im Lokal von Masche, Berliner Allee 251, eine Generalversammlung statt.

Achtung! Flugzeugmeisterei Adlershof. Sonnabend, den 16. August, Betriebsversammlung.

Deutscher Musikerverband, Sektion der Ensemblemusiker. Freitag vormittags 10 Uhr im Vereinshause Versammlung der Vertrauensleute in den Kaffeehausbetrieben.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Das wichtigste Buch für alle Leser der „Freiheit"! Jeder Leser verlange zur Ansicht ein Exemplar gratis!

Es ist festgestellt, daß die meisten Menschen krank bleiben und einen frühen Tod finden, weil sie gewöhnlich aus Unwissenheit die eingetretenen Krankheiten nicht schnell genug bekämpfen. Prof. Dr. Bocks Buch vom gesunden und kranken Menschen, welches seit Jahrzehnten Millionen Menschen treu beraten hat, soll jeder Leser der „Freiheit" kennen lernen, um heraus zu ersehen, wie er sich und seine Angehörigen vor Krankheit schützt oder bei bereits eingetretener Krankheit heilt.

Das lehrreiche Werk enthält eine Uebersicht über sämtliche vorkommenden Krankheiten mit vielen bunten Tafeln und Abbildungen aller Teile des menschlichen Körpers. Der Text ist für jedermann leicht verständlich. Wir empfehlen sämtlichen Lesern der „Freiheit", den Gutschein sofort auszufüllen und einzusenden, um dieses wertvolle Werk kennen zu lernen.

Gutschein für die Leser der „Freiheit".
An den Verlag Peter I. Oestergaard Berlin-Schöneberg.
Ich bestelle hiermit kostenlos zur Ansicht 1 Expl. Bocks Buch vom ges. und kranken Menschen.
Name: ....
Ort u. Straße: ....

Die Expedition der Freiheit für Zehdenick befindet sich beim Genossen Paul Arendt, Berliner Strasse 9.

Zigaretten englische wie deutsche nur bekannte Marken Winkler, Schmidstraße 36 Ecke Sebastianstr.

Gardinenverkauf Fenster 40 Mark an. Tischdecken 25.—, Tüllbettdecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, elegante Stores, Portieren, Divandecken, Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorleger, Steppdecken, Waffeldecken, Federbetten, Bettwäsche usw. staunend billig. Ehrmann, Frankenstraße 9 II Ecke Eisenacher Straße.

Graupen-Mühle Stadtbekannte Kraftmühle, Turiner Straße 3.

Entlassungsanzug und Paletot, billig zu verkaufen. Wolkn, Reinickendorfer Str 27.

Schriftsteller sucht z. 1. September oder früher leere 2 Zimmerwohnung ev. mit Bedienung und Verpflegung. Beliebig Gegend, Zentrum, Zeitungsviertel bevorzugt. Offert. unt. „B. 285", an Gerstmanns Annonc.-Büro, Berlin W 9.

„Freiheit"-Leser von Gross-Lichterfelde (West) Unsere Spedition befindet sich vom 16. d. Mts. ab beim Genossen O. Schädel, Hindenburgdamm 84 Wir bitten unsere Abonnenten, sofort dorthin ihre Adresse aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung eintritt.

Erster Buchhalter aus dem Zeitungsgewerbe zum sofortigen Antritt verlangt. Bewerbungen müssen bis zum 18. d. M. unter Angabe der Gehaltsansprüche und Nachweis der Organisationszugehörigkeit unter O. D. bei der Expedition der „Freiheit" NW. 6 Schiffbauerdamm 19 eingereicht sein.

Wir suchen für unsere Geschäftsstelle Deutscher Metallarbeiter-Verband Nowawes, Kaiser-Wilhelmstr. 6 zum 1. September 1919 eine Stenotipistin
+ die auch die Registratur verrichtet. +
Anstellung nach 4 wöchentlicher Probe.
+ Gehalt nach Übereinkunft. +
Reflektiert wird auf nur erstklassige Kraft.

Prozesse, Rat, Beistand ... Alexanderstr. 45. Landgerichtsrat Dr. v. ... Beobacht., Mitw. namh. Juristen. ...

In den nachstehenden Speditionen werden sofort Botenfrauen eingestellt:
Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 92. Lode, Markusstr. 23. Larzeck, Hussitenstr. 35. „Freiheit" Schiffbauerdamm. Tornseifer, Lübecker Str. 11.
Wilmersdorf-Halensee
Neßler, Hindenburgstraße 34.
Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.
Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Machen Augengläser alt?

Von der schwarzrändigen Brille könnte man dies behaupten, von dem flotten Kneifer aber ebensowenig wie von gutgefertigten künstlichen Zähnen.

Wir haben für jede Nase elegante, gutsitzende Kneifer ohne Rand, die sicher niemand älter erscheinen lassen.

Doch behaupten wir allen Ernstes, daß Augengläser sogar jung erhalten. Denn wer nicht gut sehen kann, kneift, um besser erkennen zu können, die Augen zusammen, dadurch entstehen an der Stirn, neben und unter den Augen, Falten und Runzeln, die sich mit der Zeit tief einprägen und vorzeitig alt machen. Solche Ueberanstrengungen der Augen können abgespannt, gereizt und nervös machen. Auch davon bleiben im Antlitz Spuren zurück, die wahrlich niemand jünger erscheinen lassen.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehkraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 3,50 an. Dafür erhalten Sie schon einen guten Gold-Doublé-Kneifer (ohne Gläser) bei uns, und dazu noch zwei Jahre Garantie, d. h. „solange alle Reparaturen umsonst", selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wurde. Nur für Hornteile, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie noch zu zahlen.

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer z. Selbstbestimmen passender Gläser nebst Versandliste

Optiker Ruhnke
20 Geschäfte:
C Spittelmarkt, Ecke Wallstraße
Alexanderplatz, neben Aschinger
SO Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz
W Leipziger Str. 112, Ecke Mauerstraße
Linkstr. 1, Ecke Potsdamer Str.
Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße
Friedrichstr. 100, Ecke Ziegelstraße
N Chausseestr. 79
Invalidenstr. 164, E. Brunnenstr.
NW Friedrichstr. 150, Ecke Dorotheenstraße
Schöneberg: Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr., gegenüber der Kaiser-Eiche
Wilmersdorf: Berliner Str. 132-3, an der Uhlandstraße
S Kottbuser Damm 10, nahe Warenhaus Karstadt
Neukölln: Bergstraße 4, gegenüber Richardstr.
Spandau: Breite Straße 18
Neu! SW Belle-Alliance-Str. 4, am Halleschen Tor
N Schönhauser Allee 81, Hochbahn-Station Nordring
Charlottenburg: Tauentzienstraße 15, Ecke Marburger Straße
Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo